

# Standpunkte

*Zeitschrift der Studienvertretung Volkswirtschaft an der WU*

## Wohin geht die EU?

**Überlegungen zu ökonomischen und politischen Herausforderungen der europäischen Integration**



### **5 – 25 SCHWERPUNKT: EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK**

Mit einem Gastartikel von Eckhard Hein und Archim Truger und Interviews mit Hans-Jürgen Bieling und Margit Schratzenstaller, sowie verschiedenen Beiträgen von Handelspolitik bis Migration

### **26 MYTHEN DER THEORIEGESCHICHTE: EINKOMMENSVERTEILUNG**

Wie wird das Thema Einkommensverteilung in der ökonomischen Literatur (nicht) behandelt? Was steckt hinter den Kapitalkontroversen? Was steckt hinter der sinkenden Lohnquote in Österreich?

### **30 WER UNTERRICHTET DICH? INTERVIEW MIT INGRID KUBIN**

Ingrid Kubin ist Studienprogrammleiterin für VWL und Professorin am Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung an der WU. Sie sprach mit uns über das WU Studium und ihre Forschungsschwerpunkte

**DIE STV BERICHTET**

- \* Rückblick - Ausblick - Vorwärts! 3  
Von der STV VW
- \* Kommentar: „Mehr Demokratie wagen“ 3  
Von Niki Kowall

**SCHWERPUNKT**

- \* Überblickseditorial 5
- \* Interview mit Hans-Jürgen Bieling 6  
Von Alice Saiko und Predrag Cetkovic
- \* Gastartikel: Makropolitik im Euroraum 9  
Von Eckhard Hein und Achim Truger
- \* Interview mit Margit Schratzenstaller 14  
Von Marion Steiner und Simon Sturn
- \* Frauenerwerbstätigkeit in Europa 16  
Von Andreas Steinmayr
- \* Arbeitsmobilität in der EU aus soziologischer Perspektive 18  
Von Georg Schinko
- \* EU-Handelspolitik: Bullying for Gold-mines 20  
Von Thomas Bernhardt
- \* Das große Knistern auf den europäischen Strommärkten 22  
Von Akos Kaszoni
- \* Türkei: Das Epizentrum der Gegenwartsdiskussionen 24  
Von Bert Azizoglu

**MYTHEN DER THEORIEGESCHICHTE**

- \* Heikles Terrain - Einkommensverteilung 26  
Von Karin Fischer

**BUCHREZENSIONEN**

- \* „Die Zukunft des Finanzmarktkapitalismus“ 28  
Von Nadine Schmid-Greifeneder
- \* „Die Scheuklappen der Wirtschaftswissenschaft“ 28
- \* „Machtwahn“ 29  
Von Thomas Moldaschl

**WER UNTERRICHTET DICH?**

- \* Interview mit Ingrid Kubin 30  
Von Christopher Berka und Thomas Kaiser

**KURIOSITÄTEN**

- \* Was sind die Ursachen der Immobilienkrise? 31  
Von Christoph Schlemmer und Siegfried Zottel

**Impressum:**

Ausgabe: Nr. 2 (November 2007)

**HERAUSGEBERIN:** Studienvertretung VWL WU

**CHEFINNENREDAKTION:** Marion Steiner, Simon Sturn, Klara Zwickl

**REDAKTION DIESER AUSGABE:** Bert Azizoglu, Christopher Berka, Thomas Bernhardt, Predrag Cetkovic, Karin Fischer, Thomas Kaiser, Akos Kaszoni, Niki Kowall, Thomas Moldaschl, Georg Schinko, Christoph Schlemmer, Nadine Schmid-Greifeneder, Alice Saiko, Andreas Steinmayr, Siegfried Zottel

**LAYOUT:** Matthias Schnetzer

**FOTOS:** eigene

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Wir freuen uns, euch die zweite Ausgabe der Zeitschrift der Studienvertretung Volkswirtschaft an der WU präsentieren zu können.

**DIE VERGANGENE AUSGABE.** In der ersten Ausgabe haben wir uns kritisch mit der geplanten Abschaffung der Erbschaftssteuer auseinandergesetzt, und es scheint, dass die OECD unsere Zeitschrift aufmerksam gelesen hat (auf die Frage der Kausalität möchten wir nicht näher eingehen):

“Following a Supreme Court judgement in March 2007, criticizing the inappropriate valuation of the tax base, the inheritance tax will be allowed to expire by mid-2008, and the gift tax is also likely to be abolished soon. The new coalition government also seems to have decided to leave unchanged the real estate tax. These measures should be reconsidered, given that – in contrast with most other OECD countries – not only is the revenue yield from property taxes low, but it has been declining over time as a share of total tax revenues.” (OECD Economic Surveys: Austria 2007:165)

Motiviert durch diese posthume Ehrung durch die OECD haben wir – frei nach der Devise „we feel, the world in Austria is too small“ – beschlossen die EU zum Besseren zu verändern.

**DIESE AUSGABE.** In dieser Ausgabe der „Standpunkte“ möchten wir uns dem riesigen Themenkomplex Europäische Union aus verschiedenen Perspektiven annähern. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt auf europäischer Wirtschafts-, Steuer-, Sozial-, Handels- und Erweiterungspolitik. Dabei stellen wir freilich keinen Anspruch auf Vollständigkeit der Behandlung relevanter Debatten in und um die EU, sondern thematisieren lediglich einzelne Teilbereiche.

Einleitend interviewen wir Hans-Jürgen Bieling über die ursprünglichen Funktionen und Ziele der EU, deren Veränderung im Zeitablauf und ob es gerechtfertigt ist, von einer neoliberalen Hegemonie innerhalb der Europäischen Union zu sprechen. Anschließend behandeln Archim Truger und Eckhard Hein in einem Gastartikel die geld- und fiskalpolitische Ebene der EU und stellen den spannenden Vergleich zwischen Geldpolitik im Euroraum und in den USA her. In einem Interview thematisiert Margit Schratzenstaller die steuerpolitischen Herausforderungen der EU und das Spannungsfeld zwischen Steuerharmonisierung und Steuerwettbewerb. Anschließend finden sich Beiträge von Andreas Steinmayr über Frauenerwerbstätigkeit, sowie von Georg Schinko über Mobilität und Migration in der EU. Thomas Bernhardt beleuchtet die Facetten der europäischen Handelspolitik am Weg zum Freihandel. Akos Kaszoni widmet sich der Energiepolitik in der EU, abschließend beleuchtet Bert Azizoglu das Spannungsfeld Türkei – EU.

Außerhalb des Schwerpunkts behandelt Karin Fischer in der Rubrik „Mythen der Theoriegeschichte“ Einkommensverteilung in der ökonomischen Theorie. Drei Buchrezensionen geben interessante, studiumsergänzende Lesetipps. Unter der Kategorie „Wer unterrichtet dich?“ folgt ein Interview mit Professorin und VW Studienprogrammleiterin Ingrid Kubin. Schließlich präsentieren Siegfried und Christoph ihrer Erkenntnisse zur „Immobilienkrise in den USA“.

**DIE NÄCHSTE AUSGABE.** Mit der Planung der nächsten Ausgabe beginnen wir in Kürze, und wir suchen weitere AutorInnen für unsere zukünftigen Ausgaben. Bist du interessiert, bei uns mitzumachen? Dann melde dich bei [vw-wu@reflex.at](mailto:vw-wu@reflex.at), Betreff: Zeitschrift.

Bei allen, die zu dieser Ausgabe beigetragen haben, möchten wir uns sehr herzlich bedanken.

Simon Sturn und Klara Zwickl (für die Redaktion)

# Rückblick - Ausblick - Vorwärts!

## Die Studienvertretung Volkswirtschaft lädt zu offenen Plena ein

Nach geschlagenen ÖH-Wahlen freut sich die Studienvertretung Volkswirtschaft über weitere vier Semester des frohen Schaffens. Da das schöne Wahlergebnis Zufriedenheit mit unserer Arbeit vermuten lässt, werden wir unsere Grundausrichtung beibehalten. Einen unserer Kernpunkte haltet ihr soeben in den Händen. Die Organisation einer über 30 Seiten umfassenden Zeitschrift ist nicht zu unterschätzen, deshalb möchten wir hiermit auch gleich allen danken, die sich organisatorisch oder inhaltlich bei dieser Ausgabe engagiert haben. Einen weiteren Fixpunkt könnt ihr bei unserer monatlichen Diskussionsveranstaltung miterleben. Diesen Oktober hat mit uns schon BA-CA Chefvolkswirt Stefan Bruckbauer zum Thema "Wie stabil ist der Bankensektor, Ursachen und Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise" diskutiert.

Des Weiteren veranstalten wir am 8. November eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wohin geht die EU?“ mit Joachim Becker, Elisabeth Grossmann, Eckhard Hein, Margit Schratzenstaller sowie Peter Steyrer.

Unser nächstes großes Projekt ist die Etablierung regelmäßig stattfindender, offener Plena, auf denen unsere zukünftigen Projekte geplant werden sollen. Es gibt viele Möglichkeiten in der Studienvertretung mitzuarbeiten. Bei uns sind alle willkommen, die für unsere Zeitschrift Artikel schreiben, Veranstaltungen oder Lesekreise organisieren oder komplett neue Projekte im Rahmen der Studienvertretung

Volkswirtschaft verwirklichen wollen.

Besonders freuen würden wir uns auch über Mitarbeit von Studierenden des Bachelorstudiums Volkswirtschaft und Sozialökonomie.

Alle Termine und Infos finden sich wie immer auf unserer Homepage [www.vwl-wu.at](http://www.vwl-wu.at).

Wenn du Interesse hast, an Plena und Redaktionssitzungen teilzunehmen, schreib uns einfach ein Mail an [vwl.wu@reflex.at](mailto:vwl.wu@reflex.at) und wir werden dich in unseren Mail-Verteiler aufnehmen.

In diesem Sinne wünschen wir euch ein wunderbares Semester und hoffen, möglichst viele von euch im Laufe des Semesters auf unseren Plena persönlich kennenlernen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Eure Studienvertretung Volkswirtschaft



## „Mehr Demokratie wagen“

**KOMMENTAR.** Nach dem Motto „erst die Relativierung, dann die Vision“, möchte der Verfasser dieser Zeilen darauf aufmerksam machen, dass absolute (Basis-)Demokratie eine Illusion ist. Weiters sei darauf hingewiesen, dass die Studienvertretung Volkswirtschaft offenkundig nicht jener Hebel sein kann, dessen Bedienung eine unmittelbare Veränderung der Welt garantiert. Nun sind diese beiden Erkenntnisse kein Grund für die endgültige Resignation. Wenn das „Alles“ nicht erreicht werden kann so ist das „Mehr“ oft schon ein wichtiger Schritt. Eine Addition einer unendlichen Menge von „Mehr“ ergibt ja theoretisch das „Alles“. Aber bevor wir uns in mikroökonomischen Phantastereien der Kategorie „infinitesimal klein“ verlieren, zum eigentlichen Thema:

Wir laden alle Studierenden der Studien VW & Sozök (Bachelor wie Diplom) zu den Plena der Studienvertretung VW ein. Damit soll einerseits die Tätigkeit der Studienvertretung nicht mehr von einer kleinen Gruppe, sondern schrittweise von einer größeren Gruppe getragen werden. Andererseits sollen Umfang und Leistung der Tätigkeiten der Studienvertretung erweitert werden. Das Leitmotiv des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ mag in diesem bescheidenen Zusammenhang etwas pathetisch erscheinen, nichtsdestotrotz wollen wir versuchen die Partizipation an den Tätigkeiten der Studienvertretung VW zu erhöhen und freuen uns auf eure Inputs. Wir sehen uns beim Plenum!

Niki Kowall studiert Volkswirtschaft an der WU

# *Kurswechsel*

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

[www.kurswechsel.at](http://www.kurswechsel.at)

## **Jahresprogramm 2008**

Heft 1: **Prekarisierung**

Heft 2: **Restrukturierung des öffentlichen Sektors**

Heft 3: **Ernährung und Ökonomie**

Heft 4: **Der »goldene Osten«**



Einzelheft: € 10,50

Normalabonnement: € 29,—

StudentInnenabonnement: € 18,—

Auslandsabonnement : € 36,—

Bestellung an: Sonderzahl Verlag

Fax: 0043-1-586 80 70

E-Mail: [sonderzahl-verlag@chello.at](mailto:sonderzahl-verlag@chello.at)

[www.sonderzahl.at](http://www.sonderzahl.at)

Inserat erfolgt ohne monetäre Gegenleistung



## „Europa ist viel mehr als Milchkühe und die Chemikalienrichtlinie.“

Wie Angela Merkel in ihrer Rede am 25. März 2007 zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ richtig festgehalten hat, ist Europa (gemeint ist die EU) mehr als Milchkühe und Chemikalienrichtlinien. Diese Ausgabe der „Standpunkte“ beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit diesem „mehr“ der Europäischen Union. Wir versuchen, uns diesem schier unendlichen Themenbereich durch die selektive Behandlung einzelner Aspekte aus verschiedenen Richtungen her anzunähern. Das Resultat ist eine zwanzigseitige Sammlung spannender Artikel und Interviews. Dabei werden viele aktuelle und wichtige Debatten rund um die EU aufgegriffen und andiskutiert.

**POLITISCHER HINTERGRUND.** Was ist die EU? Welche Widersprüche in der Europäischen Integration gibt es? Wie ist es mit der demokratischen Legitimation bestellt? Mehr dazu sagt **Hans-Jürgen Bieling** im Interview auf **Seite 6**.

**MAKROPOLITIK.** Warum wächst der Euroraum langsamer als die USA? Welche Rolle spielt dabei die unterschiedliche Schwerpunktsetzung in der Geld- und Fiskalpolitik? Welche Neuausrichtung ist für eine wachstumsorientierte Makropolitik im Euroraum notwendig? Die Fragen beantworten **Eckhard Hein** und **Achim Truger** in ihrem Gastartikel auf **Seite 9**.

**STEUERPOLITIK.** Vor welchen finanzpolitischen Herausforderungen steht die EU? Gibt es in der EU einen Steuerwettbewerb, und welche Auswirkungen hat dieser? Sollte die EU über mehr eigene Steuermittel verfügen, und welche Arten von Steuern sind hierfür geeignet? **Margit Schratzenstaller** steht Antwort im Interview auf **Seite 14**.

**FRAUENERWERBSTÄTIGKEIT.** Wie verändert sich die Erwerbsstruktur in Europa aus Geschlechterperspektive? Wie hängt diese mit den Wohlfahrtsmodellen zusammen? Mit welchem Wohlfahrtsmodell korreliert die Fertilität? **Andreas Steinmayr** beleuchtet die Hintergründe auf **Seite 16**.

**MIGRATION.** Was sind Gründe für Arbeitsmigration (innerhalb der EU)? Auf welche Strukturen, Einflüsse und Situationen treffen die MigrantInnen? **Georg Schinko** betrachtet Arbeitsmigration aus soziologischer Perspektive auf **Seite 18**.

**HANDELPOLITIK.** Wie setzt die EU ihre handelspolitischen Interessen durch? Welche Prioritätensetzung wird dabei gewählt? Was ist für die Zukunft zu erwarten? **Thomas Bernhardt** spürt auf **Seite 20** diesen Fragen nach.

**ENERGIEPOLITIK.** Was hat die Liberalisierung des Strommarktes bewirkt? Welche Regulierungsmöglichkeiten gibt es? Wie sieht die zukünftige Entwicklung auf den europäischen Strommärkten aus? Hintergründe der europäischen Energiepolitik berichtet **Akos Kaszoni** auf **Seite 22**.

**EU - TÜRKEI.** Welche Historie steht hinter den Diskussionen um einen EU-Beitritt der Türkei? Was sind die entscheidenden Verhandlungshürden? Welche Interessen spielen dabei eine Rolle? **Bert Azizoglu** beschreibt das Spannungsverhältnis dieser Beziehung auf **Seite 24**.

# Schwerpunkt ● europäische integration und wirtschaftspolitik



## Interview mit Hans-Jürgen Bieling

Hans-Jürgen Bieling ist Juniorprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Philipps Universität Marburg und dort Leiter der "Forschungsgruppe Europäische Integration" (FEI) sowie der selbstständigen Nachwuchsgruppe "Europaforschung: Europäische Integration im Globalisierungsprozess".

### ***Welche Funktionen/Ziele hatte die EU ursprünglich? Was waren die ursprünglichen Intentionen und Motivationen, dieses Integrationsprojekt voranzutreiben?***

Nach dem Zweiten Weltkrieg überlagerten sich in den ersten Schritten der europäischen Integration – dem Marshall-Plan und der Gründung der Europäischen Zahlungsunion (EZU), der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und den Römischen Verträgen von 1957 – vor allem drei Zielsetzungen. Erstens ging es darum – dies war in erster Linie das Anliegen Frankreichs – Westdeutschland (sicherheits-)politisch zu kontrollieren. Zweitens sollte durch die Integration unter den Bedingungen des Kalten Kriegs ein Bollwerk gegen die Sowjetunion errichtet werden; nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Jahr 1954 übernahm diese Aufgabe die von den USA geführte NATO. Letzteres signalisiert zugleich, dass drittens die sicherheitspolitische Kooperation mit den USA gefestigt werden sollte. Darüber hinaus ging es aber auch darum, durch die Integration die Revitalisierung der europäischen Ökonomie zu fördern, um – gestützt auf den gemeinsamen Markt – in der Weltmarktkonkurrenz besser bestehen zu können.

### ***Kann ein (neoliberaler) Umbruch in den 70ern/80ern ausgemacht werden? Welche Transformationen und Dynamiken sind damit verbunden?***

Ungeachtet aller Kontinuitätsmomente der europäischen Integration kam es in den 1980er Jahren zu einem Umbruch, der nicht nur, aber doch auch durch neoliberale Aspekte gekennzeichnet war. Noch bis in die 1970er Jahre hinein stellte die EG eine Handlungsarena dar, die innerhalb der globalen Konstellation des „eingebetteten Liberalismus“ (Ruggie) mit dazu beitrug, die nationalen fordistischen Entwicklungsmodelle und Wohlfahrtsstaaten zu stabilisieren. Dies lag vor allem daran, dass sich die Liberalisierung weitgehend auf die industriellen Warenmärkte beschränkte und die nationalstaatlichen Regulierungsformen durch die Integration kaum in Frage gestellt wurden. Dies änderte sich dann jedoch durch das EG-Binnenmarktprojekt und zwar insofern, als – gestützt auf das Prinzip der wechselseitigen Anerkennung nationaler Regulierungsstandards und qualifizierten Mehrheitsentscheidungen – die nationalen Regulierungsmuster einem verstärkten Wettbewerbsdruck ausgesetzt wurden. Zudem erstreckte sich die Liberalisierung fortan auch auf die Kapital- und Dienstleistungsmärkte, wodurch die grenzüberschreitende Mobilität des Kapitals deutlich erhöht wurde. Um dem gewachsenen

Wettbewerbsdruck entgegenzuwirken, wurde zwar auch die europäische Regional- und Strukturpolitik ausgebaut und einige arbeits- und sozialpolitische Mindeststandards definiert, letztlich sind diese kompensatorischen Maßnahmen jedoch vergleichsweise bescheiden. Mit anderen Worten, nachdem der Integrationsprozess in den Nachkriegsjahrzehnten mit dazu beigetragen hatte die nationalen Entwicklungsmodelle zu stabilisieren, treibt er inzwischen deren wettbewerbsorientierte Modernisierung und Reorganisation aktiv mit voran. Programmatisch hat dies nicht zuletzt die im Jahr 2000 formulierte Lissabon-Strategie zum Ausdruck gebracht.

### ***Was waren die treibenden Kräfte und welche AkteurInnen standen hinter diesen Veränderungen?***

Diese eben skizzierte Entwicklung wurde durch eine breite, zum Teil aber auch recht heterogene Allianz von Kräften gefördert. Zunächst war von grundlegender Bedeutung, dass sich innerhalb der nationalen Gesellschaften vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Stagnations- und Krisenprozesse und steigender Erwerbslosenzahlen seit Mitte der 1970er Jahre die Kräfteverhältnisse gewandelt hatten. So vollzog sich in fast allen der damaligen EG-Mitgliedstaaten ein Kurswechsel hin zu einer angebotsorientierten – zuweilen explizit neoliberal konzipierten – Wirtschafts- und Sozialpolitik. In Großbritannien hatte bereits 1979 Margaret Thatcher die Regierungsgeschäfte übernommen; in Deutschland wurde 1982 die neokonservativ orientierte Kohl-Regierung gewählt; und in Frankreich wandte sich im Frühjahr 1983 die damalige Linksregierung – nach dem Scheitern ihrer linkskeynesianischen Strategie – ebenfalls einer stärker angebotspolitischen Modernisierungsstrategie zu. Zudem drängten viele der europäischen transnationalen Konzerne darauf, die nationalen Modernisierungsstrategien durch ein europäisches Deregulierungsprogramm zu verstärken, um über die Schaffung eines integrierten Binnenmarktes sog. „economies of scale“ – also Skaleneffekte – nutzen zu können. Sie wurden dabei von der Europäischen Kommission aktiv unterstützt. Wichtige Figuren waren in diesem Kontext die Kommissare Narjes und Davignon. Gestützt auf deren vorbereitende Aktivitäten konnte Delors als neuer Kommissionspräsident 1985 die EG-Binnenmarktinitiative starten. Er setzte sich – um die Unterstützung der Gewerkschaften und wirtschaftlich schwächerer Länder zu erhalten – zugleich dafür ein, die Marktintegration regional- und sozialpolitisch zu flankieren.

***Kann mensch in diesem Zusammenhang von neoliberaler Hegemonie sprechen?***

Meines Erachtens schon. Das Projekt des EG-Binnenmarktes war insofern hegemonial, als es sich – zumindest bis Anfang der 1990er Jahre – auf eine sehr breite Zustimmung in den EG-Mitgliedsstaaten stützte. Manche sprechen sogar von einer „Europhorie“, einer Aufbruchstimmung, die in dieser Zeit die Europapolitik begleitete. Für die nachfolgenden Integrationsprojekte wie die WWU oder die EU-Osterweiterung gilt dies freilich weniger. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass sich – bezogen auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung – die erwarteten positiven Effekte vielfach nicht einstellten. Mehr noch, für viele Beschäftigtengruppen und wohlfahrtsstaatliche LeistungsempfängerInnen traten die disziplinierenden Momente der Markt- und Währungsintegration zunehmend in den Vordergrund. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Zustimmungsraten zur europäischen Integration, wie sie z.B. im Eurobarometer dokumentiert werden, seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre deutlich zurückgegangen sind.

***Was waren die Auswirkungen der veränderten Rahmenbedingungen auf die AkteurInnen?***

Zunächst ist es wichtig festzuhalten, dass sich die Auswirkungen der europäischen Integration für die genannten AkteurInnengruppen in den einzelnen Mitgliedstaaten recht unterschiedlich darstellen. Vor allem in den skandinavischen Ländern ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad nach wie vor sehr hoch, indessen er in den kontinentaleuropäischen Ländern, insbesondere in Süd-, aber auch in Mittel- und Osteuropa, nach der Transformation stark eingebrochen ist. Auch für die Unternehmen stellt sich die Situation – je nach Branche und Größe des Unternehmens – zum Teil unterschiedlich dar. Ungeachtet aller Unterschiede gibt es jedoch einige allgemeine Tendenzen. So sind die Gewerkschaften unter dem Druck der kompetitiven Deregulierung zumeist geschwächt, die Unternehmen, vor allem die transnationalen Konzerne, hingegen gestärkt worden. Dies schlägt sich unter anderem darin nieder, dass die Lohnquote in allen Ländern seit den 1980er Jahren zurückgegangen ist, und dass sich die Muster der sozialen – und innerhalb der Mitgliedstaaten auch der regionalen – Ungleichheit stärker ausgeprägt haben. Während die Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen fast durchwegs angestiegen sind, sieht sich ein wachsender Teil der abhängig Beschäftigten mit den Problemen eines expandierenden Niedriglohnsektors konfrontiert.

***Welche Widersprüche lassen sich im Integrationsprozess der EU ausmachen?***

Die Entwicklung der europäischen Integration ist durch eine Reihe von Widersprüchen geprägt, die im Verlauf der letzten Jahre bislang jedoch immer wieder ausbalanciert bzw. neutralisiert werden konnten. Dies gilt etwa für den Widerspruch zwischen einer forcierten Markt- und Währungsintegration und einer nur schwachen arbeits- und sozialpolitischen Integration; für den Widerspruch zwischen den entwickelten Wachstumszentren und den peripheren Regionen, insbeson-

dere in Süd- sowie Mittel- und Osteuropa; für den Widerspruch zwischen den großen, politisch einflussreichen und den kleinen, weniger einflussreichen Mitgliedstaaten; oder den Widerspruch zwischen den IntegrationsgewinnerInnen – den transnationalen Unternehmen und hochqualifizierten Arbeitskräften – und den IntegrationsverliererInnen, d.h. den gering qualifizierten Beschäftigtengruppen, vielen öffentlichen Dienstleistungsbeschäftigten und wohlfahrtsstaatlichen LeistungsempfängerInnen.

***Wie ist es in der EU um die Demokratie bestellt?***

Diese Frage berührt einen weiteren Widerspruch, nämlich den zwischen einer zunehmenden Vergemeinschaftung politischer Entscheidungsprozesse und unterentwickelten demokratischen Partizipations- und Kontrollformen. Sicherlich, die Gestaltungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments sind durch die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens seit den 1990er Jahren gestärkt worden. Nach wie vor ist die Parlamentsarbeit auf europäischer Ebene aber nicht durch die Logik von Regierung und Opposition geprägt. Es dominiert stattdessen ein Kommunikations- und Verhandlungsstil, in dem der potenzielle Konsens oder Kompromiss schon immer antizipiert wird. Entsprechend können sich politische Alternativen – und der Streit um alternative Optionen ist ja das Lebenselixier der Demokratie – kaum artikulieren. Das sog. Demokratiedefizit der EU besteht jedoch nicht allein im technokratischen Diskussions- und Entscheidungsstil der EU. Es ist insofern umfassender, als durch die vertraglichen und regulativen Vorgaben der EU – der kanadische Politikwissenschaftler Stephen Gill spricht in diesem Zusammenhang von einem „neuen Konstitutionalismus“ – die geld-, handels- und wettbewerbspolitischen Entscheidungen der Kontrolle und dem Einfluss der nationalen Parlamente entzogen werden. Dies heißt, nicht nur auf supranationaler, auch auf nationaler Ebene werden die Gestaltungsmöglichkeiten der demokratisch gewählten Organe zum Teil beträchtlich eingeschränkt.

***Die EU wird ja sehr oft als die „gute“ Supermacht (im Gegensatz zu den USA) dargestellt. Wie schätzen Sie die EU als globale Akteurin ein? Wie bewerten Sie das Verhältnis zu den USA und wie zu den Ländern des Südens?***

Durch die Vertiefung und Erweiterung des gemeinsamen Wirtschaftsraumes und die zunehmende Vergemeinschaftung von Politikbereichen – etwa der Handels-, Wettbewerbs- und Geldpolitik, ansatzweise auch der Entwicklungs-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik – hat sich die EU auch außenpolitisch zu einem einflussreichen Akteur entwickelt. In der Selbstbeschreibung charakterisiert sie sich dabei oft als „Zivilmacht“ oder „normative power“, die ihre Interessen primär durch den Einsatz „weicher“ Politikinstrumente – wie z.B. Assoziations- und Handelsvereinbarungen, einen regen diplomatischen Austausch, entwicklungs- und demokratiefördernde Hilfen etc. – zu realisieren versucht. Meines Erachtens ist diese Charakterisierung nicht ganz falsch, da die „harten“ Politikinstrumente wie der Einsatz militärischer Gewalt bislang noch einem nationalstaatlichen Souveränitätsvorbehalt unterliegen. Gleichzeitig sollte jedoch nicht aus dem Blick geraten, dass die EU – mit Unterstützung der Mitgliedstaaten und der

USA – durchaus in der Lage ist, auch militärisch aktiv zu werden. In vielen Fragen gibt es zwischen den USA und der EU eine Arbeitsteilung, die dadurch bestimmt ist, dass die USA die militärischen Interventionen anleiten, indessen sich die EU für die zivile Vor- und Nachbereitung verantwortlich zeigt. Noch ist es zu früh zu beurteilen, wie stark die sicherheitspolitischen und auch wirtschaftspolitischen Spannungen sind, die das transatlantische Verhältnis nach dem Ende des Kalten Kriegs verstärkt belasten. Möglicherweise werden sie dadurch abgeschwächt, dass sich die EU und die USA gegenüber den Ländern des Südens – insbesondere gegenüber den sog. BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) – in einer gemeinsamen Interessenlage sehen. Vielleicht nehmen in der Interpretation dessen, was unter „Good Governance“ konkret zu verstehen ist, aber auch die Konflikte weiter zu.

***Immer wieder wird von einer Legitimationskrise der EU gesprochen. Wie schätzen Sie das ein?***

Es gibt meines Erachtens eine schwelende Legitimationskrise der EU. Ich hatte bereits auf die Daten des Eurobarometers hingewiesen. Andere Indikatoren sind die sehr knappen oder negativen Referenden zu den Vertragsänderungen: zuletzt in Frankreich und den Niederlanden. Diese und andere Aspekte einer wachsenden Europaskepsis signalisieren eine Erosion des sog. „permissiven Konsens“, d.h. der stillschweigenden Zustimmung der Bevölkerung. Große Teile der Bevölkerung gehen zunehmend weniger davon aus, dass die europapolitischen Entscheidungen der politischen Eliten grundsätzlich akzeptabel sind. Es wird hinterfragt, ob die europapolitischen Entscheidungen auch wirklich friedensfördernd, wohlfahrtssteigernd und Beschäftigung stimulierend sind. Doch nicht nur die mutmaßlichen oder tatsächlichen Ergebnisse der europäischen Integration nähren die schwelende Legitimationskrise. Auch die fehlenden oder nur unzureichenden Mechanismen der demokratischen Partizipation und Kontrolle sorgen mit dafür, dass sich große Teile der Bevölkerung von der EU abwenden.

***Welche emanzipatorischen Potenziale gibt es in diesem Prozess?***

Emanzipation beginnt eigentlich immer dann, wenn sich Menschen selbstbestimmt gegen die ihnen auferlegte Unmündigkeit und ihre Marginalisierung zur Wehr setzen. Die Legitimationskrise der EU bietet in diesem Sinne auch eine Chance. Sie setzt die politischen EntscheidungsträgerInnen unter Druck, die – mitunter allerdings gegensätzlichen – Interessen und Bedürfnisse der EU-KritikerInnen stärker zu berücksichtigen. Zugleich zeigt dies all jenen, die die markliberale Ausrichtung der Integration und den technokratischen Entscheidungsprozess in Frage stellen, dass ihr politisches Engagement durchaus eine Wirkung erzielt. Ob und in welcher Form sich im europäischen Integrationsprozess emanzipatorische Potenziale entfalten, hängt demzufolge maßgeblich davon ab, ob und wie sich die bereits erwähnten Widersprüche politisch artikulieren. In der Vergangenheit haben sie bereits mit dazu beigetragen, dass der neoliberale Charakter der europäischen

Integration durch Maßnahmen der arbeits-, sozial-, umwelt- und regionalpolitischen Flankierung zumindest modifiziert wurde.

***Gibt es Alternativen zum bestehenden Integrationsprozess? Wie könnte eine „andere“ EU aussehen? Wo müsste mensch ansetzen?***

Eine sozial, ökologisch und demokratisch orientierte Transformation der EU wird derzeit durch eine Allianz von marktliberalen und nationalstaatszentrierten Kräften blockiert. Das heißt, weitergehende Integrationsschritte werden durch den Verweis darauf, dass die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt oder der Nationalstaat unterminiert wird, abgewehrt. Es müsste demzufolge in der politischen Debatte überzeugend dargelegt werden, dass drängende gesellschaftliche Probleme oder Krisen durch eine weitergehende Vergemeinschaftung etwa der Steuer- und Finanzpolitik, der Arbeits- und Sozialpolitik oder der Umweltpolitik – nicht nur besser gelöst werden können, sondern auch mit dazu beitragen, die auf der nationalstaatlichen Ebene noch vorhandenen Handlungsspielräume zu erweitern. Da durch die Ausweitung supranationaler Kompetenzen der technokratische Charakter der Politik verstärkt wird, ist es gleichzeitig erforderlich die demokratischen Partizipations- und Kontrollformen zu stärken. Es kommt in diesem Sinne darauf an, die föderale Struktur der EU nicht nur verfassungstechnisch zu bestimmen, sondern sie nach Maßgabe solidarisch-partizipativer Kriterien bzw. eines sozietaalen Föderalismus mit Leben zu füllen.

***Gibt es bereits konkrete Projekte? Sehen Sie AkteurInnen, die hier Perspektiven eröffnen?***

Es gibt eine ganze Reihe von Vorschlägen, durch die der Integrationsprozess im Sinne eines „progressiven Konstitutionalismus“ gleichsam umprogrammiert werden könnte. Hierzu gehören all jene Konzepte, die umfassendere soziale oder steuerpolitische Mindeststandards, einen „sozialen Korridor“, ein größeres EU-Budget oder eine europäische Wirtschaftsregierung einfordern, um das wirtschaftliche Potenzial des gemeinsamen Wirtschaftsraumes gemeinwohlorientiert zu nutzen, und zugleich dafür plädieren das Europäische Parlament zu einer echten Legislative und demokratischen Kontrollinstanz weiterzuentwickeln. Durch soziale Protestbewegungen, Gewerkschaften, NGOs oder auch Parteien – manchmal sind es nur einzelne Abgeordnete – werden diese Ideen zuweilen politisch artikuliert. Es fehlt diesen Akteuren bislang allerdings die Kraft, diese Themen dauerhaft auf die politische Agenda zu setzen.

Das Interview führten Alice Saiko und Predrag Cetkovic



# Makropolitik im Euroraum – Plädoyer für eine Neuausrichtung

**Gastartikel von Eckhard Hein und Achim Truger**

Nach dem weltweiten Konjunkturreinbruch 2000/2001 hat der Euroraum eine längere Phase geringen Wachstums erlebt, die erst mit dem Aufschwung 2006 beendet zu sein scheint. Allerdings droht dieser Aufschwung 2007 und 2008 wieder an Fahrt zu verlieren (vgl. ELNEP 2007). Zudem nehmen die weltweiten Konjunkturrisiken durch die Probleme auf dem US-Immobilienmarkt, die den dortigen Konsumboom beenden könnten, weiter zu. Und der Euroraum scheint nach wie vor nicht in der Lage zu sein, die USA als Welt-Konjunkturlokomotive ablösen zu können. Die lang anhaltende Wachstumsschwäche ist daher keineswegs endgültig überwunden. Dazu wäre eine grundsätzliche Neuausrichtung der makroökonomischen Politik im Euroraum erforderlich. Der bisher praktizierte Mix aus Geld-, Lohn- und Fiskalpolitik unter dem „Maastricht-Regime“ ist nämlich wesentlich für die schwache Entwicklung im Vergleich zu den USA verantwortlich, nicht erst seit dem Wachstumseinbruch 2000/01, sondern schon seit Mitte der 1990er Jahre.

## Die wirtschaftliche Entwicklung des Euroraums seit 1996

Für den Vergleich zwischen dem Euroraum und den USA, als einem ähnlich großen Währungsraum, haben wir den 10-Jahreszeitraum von 1996-2005, also einen vollen Konjunkturzyklus, in zwei 5-Jahresabschnitte unterteilt (Tabelle 1), die durch den Konjunkturreinbruch 2000/2001 getrennt werden. Die erste Phase ab Mitte der 1990er Jahre bis 2000 war dabei für den Euroraum bereits durch die wirtschaftspolitischen Bemühungen zur Erfüllung der Konvergenzkriterien des Maastricht Vertrages gekennzeichnet. Die zweite Phase umfasst den konjunkturellen Abschwung und die Folgejahre von 2001 bis 2005. Offenbar scheint es den USA in beiden Phasen sehr viel besser gelungen zu sein, ein relativ hohes Wirtschaftswachstum mit geringer Arbeitslosigkeit und geringer Inflation zu kombinieren.

## Der Politik-Mix des Euroraums und dessen Folgen

Der im Euroraum seit Jahren verfolgte Politik-Mix kann mit Arestis/McCauley/Sawyer (2001) als „neu-monetaristisch“ bezeichnet werden. Dieses Konzept lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Der private Sektor ist langfristig stabil. In der langen Frist gelten das Sayers Gesetz und die klassische Dichotomie von nominaler und realer Sphäre. Diskretionäre Wirtschaftspolitik wirkt destabilisierend. Wirtschaftspolitische Entscheidungen sollten daher weitestgehend von demokratisch legitimierten Einflüssen unabhängig gemacht und klaren Regeln unterworfen werden.

2. Inflation ist langfristig ein ausschließlich monetäres Phänomen. Die Aufgabe unabhängiger Zentralbanken ist die Aufrechterhaltung der Preisniveaustabilität. Mittels ihrer Zinspolitik können sie die Inflationsrate langfristig ohne realwirtschaftliche Kosten steuern.

3. Die Arbeitslosigkeit schwankt um ihr angebotsseitig bestimmtes Gleichgewichtsniveau, die NAIRU (Non-Accelerating-Inflation-Rate-of-Unemployment), das durch Deregulierung der Arbeitsmärkte reduziert werden kann und unabhängig von der effektiven Nachfrage auf den Gütermärkten ist.

4. Die Fiskalpolitik hat langfristig keinen Einfluss auf Wachstum und Beschäftigung und sollte sich daher dem Ziel der Preisniveaustabilisierung unterordnen. Im Verlauf des Konjunkturzyklus sollte sie Budgetüberschüsse und -defizite in Grenzen passiv hinnehmen.

Diese Politikkonzeption liegt den Institutionen und wirtschaftspolitischen Regelungen der EU und des Euroraums wesentlich zu Grunde. Dies betrifft erstens die Geldpolitik. Die



Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main

**Tabelle 1: Reales BIP-Wachstum, Wachstumsbeiträge der Nachfrageaggregate, Arbeitslosigkeit und Inflationsrate im Euroraum und in den USA, Durchschnittswerte für 1996-2000 und 2001-2005**

	Euroraum		USA	
	1996-2000	2001-2005	1996-2000	2001-2005
Reales BIP, jährliche Wachstumsrate, Prozent	2,7	1,4	4,1	2,4
Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage inkl. Lagerveränderungen, Prozentpunkte	2,7	1,3	4,8	2,9
Wachstumsbeitrag des privaten Konsums, Prozentpunkte	1,5	0,8	3,0	2,2
Wachstumsbeitrag des Staatskonsums, Prozentpunkte	0,3	0,4	0,3	0,4
Wachstumsbeitrag der Anlageinvestitionen, Prozentpunkte	0,9	0,2	1,5	0,3
Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags, Prozentpunkte	0,1	0,1	-0,7	-0,4
Beschäftigung, jährlicher Anstieg, Prozent	1,5	0,9	2,0	0,7
Arbeitslosenquote, Prozent	9,7	8,4	4,6	5,4
Inflationsrate <sup>1)</sup> Prozent	1,7	2,2	2,5	2,6

<sup>1)</sup> Euroraum: Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), USA: nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)

Quellen: Europäische Kommission (2007), eigene Berechnungen

Europäische Zentralbank (EZB) als unabhängigste Zentralbank der Welt ist primär der Preisniveaustabilität verpflichtet. Die von der EZB (1999, 2003) beschlossene geldpolitische Strategie legt für den heterogenen Währungsraum das im internationalen Vergleich ehrgeizigste Inflationsziel von unter, aber nahe, 2% fest. Es gilt zweitens für die Fiskalpolitik mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP), der für die nationalen Finanzpolitiken mittelfristig ausgeglichene oder überschüssige Haushalte und eine Begrenzung der Nettokreditaufnahme auf unter 3% des Bruttoinlandsprodukts vorschreibt. Drittens gilt es für das Beschäftigungskapitel des EG-Vertrages, die jährlichen „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“ („Luxemburg-Prozess“), die Maßnahmen zur Flexibilisierung von Güter- und Kapitalmärkten („Cardiff-Prozess“), den Lissabon-Prozess, sowie die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ bzw. seit 2005 die „Integrierten Grundzüge für Beschäftigung und Wachstum“, die im Wesentlichen auf eine Flexibilisierung der Güter- und besonders der Arbeitsmärkte setzen.<sup>1</sup>

Das im Euroraum verfolgte Politik-Konzept führte zu einer deutlich restriktiveren Ausrichtung der Wirtschaftspolitik als der sehr viel pragmatischere und weniger dogmatische Politik-Ansatz der USA. Dies kann anhand einiger einfacher Indikatoren gezeigt werden, mit denen sich die unterschiedliche Performance von Euroraum und USA plausibel erklären lässt (Tabellen 2 und 3).

Für die Beurteilung der Geldpolitik wird hierbei insbesondere die Relation von kurzfristigem bzw. langfristigem Realzins und realer BIP-Wachstumsrate herangezogen. Die Zentralbank bestimmt zwar direkt nur den kurzfristigen Nominalzins auf dem Geldmarkt, steuert aber bei kurzfristig gegebener Inflationsrate auch den kurzfristigen Realzinssatz. Letzterer beeinflusst mittelfristig dann das Niveau des langfristigen Realzinssatzes.

Liegt die reale BIP-Wachstumsrate unter dem Realzinssatz, so findet eine Einkommensumverteilung zugunsten der Gläubiger statt, und für die Schuldner erhöht sich die Überschuldungsgefahr. Eine positive Differenz zwischen realem Zinssatz und realem BIP-Wachstum ist daher wenig konjunktur- und wachstumsfreundlich, da sie die Investitionen in Finanzaktiva zulasten der Investitionen in Realaktiva begünstigt.

Die US-amerikanische Federal Reserve hat insgesamt eine sehr viel wachstumsfreundlichere Zins-Wachstums-Relation hergestellt, als dies im Euroraum geschah – bis 1999 im Wesentlichen durch die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank und seitdem durch die EZB. Die Fed hat sehr viel schneller und sehr viel deutlicher auf den Abschwung 2000/01 reagiert als die EZB und bereits 2002 wieder eine negative Zins-Wachstums-Relation hergestellt. Im Euroraum war dies erst 2003 der Fall. Mit einem Mandat, das die gleichzeitige Erreichung von maximaler Beschäftigung, stabilen Preisen und moderaten langfristigen Zinsen vorsieht, und ohne explizites Inflationsziel, trug die Fed daher zu einer Stabilisierung von Wachstum und Beschäftigung bei.<sup>2</sup> Die ausschließlich auf Preisniveaustabilisierung fixierte EZB hat hingegen durch den letztlich vergeblichen Versuch, ihr ehrgeiziges Inflationsziel zu erreichen, Wachstum und Beschäftigung geschmälert, insbesondere in den großen Mitgliedsländern des Euroraums mit unterdurchschnittlichen Wachstums- und Inflationsraten.<sup>3</sup>

Die Lohnpolitik der Tarifparteien bzw. die Lohnfindung auf dem Arbeitsmarkt bestimmt zuerst den Nominallohnsatz und damit – bei kurzfristig gegebenen Arbeitsproduktivitäten – die nominalen Lohnstückkosten. In dem Maße wie Lohnstückkostenveränderungen von den Unternehmen direkt an die Preise weitergegeben werden, beeinflusst die Lohnpolitik daher die Inflationsrate. Erfolgt diese Weitergabe nur unvollständig oder

verändert sich das Verhältnis von Lohn- zu Materialstückkosten, so impliziert dies zudem Veränderungen in der funktionalen Einkommensverteilung (vgl. Hein 2005), hier gemessen anhand der Arbeitseinkommensquote. (Tabelle 2).

Hohe Arbeitslosigkeit, die Deregulierung der Arbeitsmärkte sowie die Einbindung der Tarifpolitik in nationale Wettbe-

festsetzbaren Ausgaben (Staatskonsum, öffentliche Investitionen, Subventionen) mit der gleichen Rate wie das nominale Trend-BIP wachsen. Der nominale BIP-Trend gibt damit den Ausgabenpfad vor. Die konjunkturabhängigen Ausgaben (Sozialtransfers) und das Aufkommen aus Steuern und Sozialabgaben können dagegen je nach Konjunkturlage um den Ausgabenpfad schwanken, d.h. die automatischen Stabilisa-

<b>Tabelle 2: Indikatoren für Geld- und Lohnpolitik im Euroraum und in den USA, Durchschnitt 1996-2000 und 2001-2005</b>				
	<b>Euroraum</b>		<b>USA</b>	
	<b>1996-2000</b>	<b>2001-2005</b>	<b>1996-2000</b>	<b>2001-2005</b>
<b>Geldpolitik</b>				
Kurzfristiger Realzinssatz, Prozent	2,5	0,6	3,3	-0,2
Langfristiger Realzinssatz, Prozent	3,9	2,1	3,5	1,9
Kurzfristiger Realzinssatz minus reales BIP-Wachstum, Prozentpunkte	-0,2	-0,7	-0,9	-2,6
Langfristiger Realzinssatz minus reales BIP-Wachstum, Prozentpunkte	1,2	0,7	-0,6	-0,5
<b>Lohnpolitik</b>				
Arbeitnehmerentgelt pro Arbeitnehmer, jährliche Veränderung, Prozent	2,1	2,5	4,3	3,6
Nominale Lohnstückkosten, jährliche Veränderung, Prozent	0,8	1,7	2,2	1,5
Arbeitseinkommensquote <sup>1)</sup> , Prozent	65,8	64,9	67,2	67
Anmerkungen: <sup>1)</sup> Arbeitnehmerentgelt pro Arbeitnehmer dividiert durch BIP zu Faktorkosten pro Erwerbstätigen				
Quellen: Europäische Kommission (2007), eigene Berechnungen				

werbspakte haben dazu geführt, dass die durchschnittliche Wachstumsrate des Arbeitnehmerentgelts je ArbeitnehmerIn im Euroraum in beiden Zeiträumen deutlich unter derjenigen in den USA blieb. Gleiches gilt für das Lohnstückkostenwachstum. Obwohl dieses im Euroraum insbesondere aufgrund der schwachen Produktivitätsentwicklung infolge des Konjunkturerinbruchs seit 2001 anstieg, stellte es keine Gefahr für das ehrgeizige Inflationsziel der EZB dar und hätte daher eine deutlich expansivere Geldpolitik erlaubt.<sup>4</sup>

Die zurückhaltende Lohnentwicklung im Euroraum hat außerdem zu einem weiteren Rückgang der Arbeitseinkommensquote geführt, womit sich der Trend seit Anfang der 1980er Jahre fortsetzte. In den USA hingegen hat sich die Arbeitseinkommensquote im Laufe der 1990er Jahre stabilisiert. Auch seit 2001 ging sie im Vergleich zur zweiten Hälfte der 1990er Jahre nur leicht zurück. In großen, eher geschlossenen Volkswirtschaften wirkt eine Umverteilung zu Lasten der Lohneinkommen wegen der deutlich höheren Konsumquote aus Löhnen als aus Gewinnen und des geringen Einflusses der Stückpreise auf die Investitionen eher nachfrage- und wachstumsdämpfend.<sup>5</sup> Die Verteilungsentwicklung hat die Konjunktur in den USA daher stabilisiert, während sie im Euroraum einen weiteren dämpfenden Effekt auf Wachstum und Beschäftigung ausübte.

Zur Analyse der Ausrichtung der Finanzpolitik lehnen wir uns an das IMK-Ausgabenpfadkonzept (vgl. Hein/Truger 2007c) an. Demnach ist die Finanzpolitik neutral, wenn die konjunkturunabhängigen, d.h. vom Staat weitgehend autonom

toren können voll wirken.

So gemessen haben beide betrachteten Wirtschaftsräume von 1996 bis 2000 eine restriktive Finanzpolitik betrieben (Tabelle 3): Überall lag die Wachstumsrate der konjunkturunabhängigen Staatsausgaben unter dem Ausgabenpfad. Bemerkenswert ist die völlig unterschiedliche Reaktion auf den konjunkturellen Abschwung nach 2000. In den USA wechselte die Finanzpolitik antizyklisch von Restriktion auf Expansion: Die konjunkturunabhängigen Staatsausgaben wurden deutlich über den Ausgabenpfad angehoben. Im Euroraum war immerhin eine Abschwächung der Restriktion zu erkennen; die konjunkturunabhängigen Ausgaben näherten sich dem Ausgabenpfad an. Ein aktives Gegensteuern wurde jedoch durch die Regelungen des SWP verhindert.<sup>6</sup>

### **Grundzüge einer Neuausrichtung der Makropolitik im Euroraum**

Vor dem Hintergrund unserer Analyse scheint eine grundsätzliche Neuausrichtung der makroökonomischen Politik im Euroraum erforderlich, um Wachstum und Beschäftigung dauerhaft zu verbessern. Die wesentlichen Grundlagen eines alternativen, post-keynesianischen Konzeptes können in folgenden vier Punkten zusammengefasst werden:<sup>7</sup>

1. In einer Geldwirtschaft sind das Saysche Gesetz und die klassische Dichotomie von monetärer und realer Sphäre sowohl in der kurzen als auch in der langen Frist ungültig. Der private Sektor ist instabil und muss daher durch eine die ef-

**Tabelle 3: Nominales BIP, ausgewählte Komponenten der nominalen gesamtstaatlichen Ausgaben und nominale Gesamteinnahmen im Euroraum und in den USA, durchschnittliches jährliches Wachstum 1996 bis 2000 und 2001 bis 2005, in %**

	1996 – 2000		2001 – 2005	
	Euroraum	USA	Euroraum	USA
Referenzwert für Ausgabenpfad (Durchschnitt des nominalen BIP-Wachstums von 1996 bis 2005)	3,8	5,4	3,8	5,4
Nominales BIP	4,0	5,9	3,6	4,9
<b>Staatsausgaben insgesamt<sup>1)</sup></b>	2,6	4,1	3,7	6,3
Staatskonsum	3,4	4,5	4,4	7,1
öffentliche Investitionen	3,0	7,1	3,5	4,9
Subventionen	1,3	5,9	0,2	8,1
<b>Konjunkturunabhängige Staatsausgaben insgesamt</b>	3,2	4,9	4,1	6,7
monetäre Sozialleistungen	3,2	4,0	4,1	7,3
Zinszahlungen	-2,5	0,5	-1,7	-0,6
<b>Staatseinnahmen insgesamt</b>	4,3	7,1	3,0	3,0
<sup>1)</sup> bereinigt um UMTS-Versteigerungserlöse				
Quellen: Europäische Kommission (2007); eigene Berechnungen.				

fektive Nachfrage in der kurzen und langen Frist steuernde Politik stabilisiert werden. Hierfür ist eine aufeinander abgestimmte Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik mit mittel- bis langfristiger Orientierung erforderlich.

2. Die Zinspolitik der Zentralbank hat sowohl kurzfristig als auch langfristig erhebliche reale Effekte. Ihre kurzfristigen Wirkungen sind dabei asymmetrisch: Die Zentralbank kann durch eine Zinssatzerhöhung jeden Boom brechen, durch eine Zinssatzsenkung bei gleichzeitig negativen Profiterwartungen jedoch keine Rezession beenden. Langfristig beeinflusst eine Zinssatzveränderung insbesondere die Einkommensverteilung und hierüber die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

3. Die Nominallohnpolitik der Tarifparteien beeinflusst bei gegebener Arbeitsproduktivität die nominalen Lohnstückkosten und bei gegebenem Mark-up in der unternehmerischen Preissetzung die Inflationsrate. Verteilungswirkungen der Lohnpolitik erfolgen bei unvollständiger Überwälzung durch die Unternehmen oder bei Veränderung des Verhältnisses von Lohn- zu Materialstückkosten. Die Höhe der Beschäftigung ergibt sich durch die effektive Nachfrage auf dem Gütermarkt.

4. Die Fiskalpolitik kann kurzfristig durch die Hinnahme von konjunkturbedingten Defiziten und Überschüssen den Konjunkturzyklus stabilisieren und langfristig durch eine Politik der investitionsorientierten Verschuldung die effektive Nachfrage heben und das Potentialwachstum erhöhen.

Auf der Grundlage dieser Sichtweise ergeben sich folgende Aufgaben für eine koordinierte makroökonomische Politik. Die Lohnpolitik in den jeweiligen Mitgliedsländern des Euroraums ist für die nominale Stabilisierung zuständig. Durch eine im Euroraum koordinierte Lohnentwicklung sollten die Lohnsteigerungen in den Mitgliedsländern den Verteilungsspielraum aus mittelfristigem nationalen Produktivitätswachstum und Zielinflationsrate ausschöpfen.<sup>8</sup> Dies erfordert die Abkehr von der auf Strukturreformen am Arbeitsmarkt und auf Differenzierung und Dezentralisierung der Lohnbildung ausgerichteten Politik und stattdessen eine Verbesserung der Bedingungen

für strategiefähige Gewerkschaften und Unternehmensverbände, damit diese die gesamtwirtschaftlich orientierte Rolle der Lohnpolitik wahrnehmen können. Die Zielinflationsrate sollte dabei deutlich erhöht werden, um bestehende Ungleichgewichte innerhalb des Währungsraums ohne Deflationsgefahren abbauen zu können. Durch die Lohnpolitik von der nominalen Stabilisierung entlastet, sollte die Geldpolitik der EZB sich insbesondere auf die Herstellung niedriger Realzinsen konzentrieren, um so reales Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Die Fiskalpolitik ist für die reale Stabilisierung in der kurzen und langen Frist zuständig. Um diese Rolle auszufüllen, ist eine Koordinierung der nationalen Fiskalpolitiken unabdingbar. Sie sollte sich dabei, anders als im gegenwärtigen SWP, nicht auf letztlich unkontrollierbare Haushaltsdefizite, sondern vielmehr auf die kontrollierbaren Staatsausgaben konzentrieren. Diese sollten im Rahmen von flexiblen Ausgabenpfaden so koordiniert werden, dass sich für den Euroraum dauerhaft eine mit hoher Beschäftigung bei stabilen Inflationsraten kompatible Güternachfrage ergibt.

#### FUSSNOTEN:

1) Vgl. Europäische Kommission (2002) und Niechoj (2004) zu einer Darstellung der wirtschaftspolitischen Prozesse in der EWU sowie Hein/Niechoj (2007) zu einer Analyse der „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ als dem zentralen wirtschaftspolitischen Programm der EU bzw. des Euroraums.

2) Zu den geldpolitischen Mandaten und Strategien vgl. z.B. Meyer (2001).

3) Zu einer ausführlichen Analyse und Kritik der EZB-Politik vgl. Bibow (2007) und Hein/Truger (2007a).

4) Hinter der aggregierten Betrachtung für den Euroraum verbergen sich allerdings deutlich differenzierte nationale Entwicklungen von Lohnstückkosten und Inflationsraten (Hein/Truger 2007a). So liegen beide in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre deutlich unter dem EWU-Durchschnitt. Dies bedeutet neben einer latenten Deflationsgefahr auch ein erhebliches Wachstumshemmnis, da die Realzinsen bei einheitlichen Nominalzinsen in der EWU deutlich höher sind als in den anderen Mitgliedsländern. Vor allem aber setzt die deutsche Lohnentwicklung durch die stetige Verbesserung der Wettbewerbsposition



die anderen EWU-Länder zunehmend unter Druck, ebenfalls eine deflationäre Politik zu verfolgen. Zur deutschen Stagnation im europäischen Kontext vgl. Hein/Truger (2005, 2007b).

5) Zum Zusammenhang von funktionaler Einkommensverteilung und Wirtschaftswachstum in den USA vgl. z.B. Hein/Vogel (2007). Zum Euroraum vgl. Stockhammer/Onaran/Ederer (2007).

6) Allerdings war die Entwicklung in den einzelnen Mitgliedsländern sehr unterschiedlich. Während die Finanzpolitik z.B. in Deutschland ihren Restriktionskurs pro-zyklisch verschärfte war sie in z.B. in Irland und Finnland deutlich expansiv.

7) Zu den theoretischen Grundlagen vgl. ausführlicher Hein (2004, 2006).

8) Um die bestehenden Ungleichgewichte abzubauen, wäre für eine Übergangsphase eine Überausschöpfung dieses Spielraums in Ländern mit deutlichen Leistungsbilanzüberschüssen bei entsprechender Unterausschöpfung in Ländern mit erheblichen Leistungsbilanzdefiziten erforderlich.

#### Literatur:

Arestis, P., Mc Cauley, K., Sawyer, M. (2001): An alternative stability pact for the European Union, *Cambridge Journal of Economics*, 25: 113–130.

Bibow, J. (2007): The ECB – How much of a success story, really?, in: Hein, E., Priewe, J., Truger, A. (Hg.), *European Integration in Crisis*, Marburg (Metropolis), im Erscheinen.

ELNEP (2007): European Labour Network for Economic Policy, Keeping the European Recovery on Track. *Economic Forecast and Policy Recommendations*, April 2007.

Europäische Kommission (2002): Co-ordination of economic policies in the EU: A presentation of key features of the main procedures, Directorate General Economic and Financial Affairs, Euro Papers, Number 45, Brüssel.

Europäische Kommission (2007): Annual macro-economic database (AMECO), Mai 2007, [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/indicators/annual\\_macro\\_economic\\_database/ameco\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/indicators/annual_macro_economic_database/ameco_en.htm) (30.7.200).

Europäische Zentralbank (EZB) (1999): Die stabilitätsorientierte geldpolitische Strategie des Eurosystems, Monatsbericht, Januar: 43–56.

Europäische Zentralbank (EZB) (2003): Ergebnis der von der EZB durchgeführten Überprüfung ihrer geldpolitischen Strategie, Monatsbericht, Juni: 87–102.

Hein, E. (2004): Die NAIRU – eine post-keynesianische Interpretation, in:

Intervention. *Zeitschrift für Ökonomie*, Vol. 1, 2004, S. 43–66.

Hein, E. (2005): Löhne, Verteilung und Wachstum: Ansätze in der Tradition Michal Kaleckis, in: Hein, E., Heise, A., Truger, A. (Hg.), *Löhne, Beschäftigung, Verteilung und Wachstum. Makroökonomische Analysen*, Marburg (Metropolis), 2005, S. 59–92.

Hein, E. (2006): Wage bargaining and monetary policy in a Kaleckian monetary distribution and growth model: trying to make sense of the NAIRU, in: Intervention. *Journal of Economics*, 2006, Vol. 3, S. 305–329.

Hein, E., Niechoj, T. (2007): Guidelines for sustained growth in the EU? The concept and the consequences of the Broad Economic Policy Guidelines, in: McCombie, J., Rodriguez, C. (Hg.), *The European Union. Current Problems and Prospects*, Basingstoke (Palgrave Macmillan), S. 5–25.

Hein, E., Truger, A. (2005): What ever happened to Germany? Is the decline of the former European key currency country caused by structural sclerosis or by macroeconomic mismanagement?, in: *International Review of Applied Economics*, Vol. 19, S. 3–28.

Hein, E., Truger, A. (2007a): Monetary policy, macroeconomic policy mix and economic performance in the Euro area, in: Hein, E., Truger, A. (Hg.), *Money, Distribution and Economic Policy: Alternatives to Orthodox Macroeconomics*, Cheltenham (Edward Elgar), S. 216–243.

Hein, E., Truger, A. (2007b): Die deutsche Wachstums- und Beschäftigungsschwäche im europäischen Kontext – ein Lehrstück makroökonomischen Missmanagements, in: Chaloupek, G., Hein, E., Truger, A. (Hg.), *Ende der Stagnation? Wirtschaftspolitische Perspektiven für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa*, Wien (NexisLexis), im Erscheinen.

Hein, E., Truger, A. (2007c): Fiscal policy and macroeconomic performance in the EMU – lessons for the future, in: Bibow, J., Terzi, A. (Hg.), *Euroland – Global Player or Global Drag?*, Basingstoke (Palgrave Macmillan), im Erscheinen.

Hein, E., Vogel, L. (2007): Distribution and growth reconsidered – empirical results for Austria, France, Germany, the Netherlands, the UK and the USA, *IMK Working Paper 3/2007*, Düsseldorf.

Meyer, L.H. (2001): Inflation targets and inflation targeting, *Federal Reserve Bank of St. Louis Review*, 83 (6): 1–13.

Niechoj, T. (2004): Attraktiv für Gewerkschaften? Keynesianische Makrokoordination auf der EU-Ebene, in: Hein, E., Niechoj, T., Schulten, T., Truger, A. (Hg.), *Europas Wirtschaft gestalten. Makroökonomische Koordinierung und die Rolle der Gewerkschaften*, Hamburg (VSA), S. 80–120.

Stockhammer, E., Onaran, Ö., Ederer, S. (2007): Functional income distribution and aggregate demand in the Euro area, Working Paper No. 102, Vienna University of Economics and Business Administration, Department of Economics Working Paper Series.

#### Autorenangaben:

Eckhard Hein

Dr. rer. pol. habil., Referatsleiter für „Allgemeine Wirtschaftspolitik“ am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf, Privatdozent an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, und Gastprofessor an der Wirtschaftsuniversität Wien

Achim Truger

Dr. rer. pol., Referatsleiter für „Steuer- und Finanzpolitik“ am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf



## Interview mit Margit Schratzenstaller (WIFO)

### Die steuerpolitischen Herausforderungen der Europäischen Union

Die Steuerexpertin und stellvertretende Leiterin des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Dr.<sup>in</sup> Margit Schratzenstaller, sprach mit uns über die steuerpolitischen Herausforderungen und Perspektiven der EU.

#### ***Einleitend interessiert uns, vor welchen steuerpolitischen Herausforderungen die EU derzeit aus Ihrer Sicht steht?***

Eine große Herausforderung im Steuerbereich ist es, für eine bessere Koordination der Unternehmenssteuern zu sorgen. Einerseits ist es für Finanzbehörden und Unternehmen kostenintensiv, sich mit 27 verschiedenen Unternehmensteuersystemen auseinanderzusetzen, andererseits gibt es einen ziemlich hohen Druck auf die Steuersätze, der sich dadurch bemerkbar macht, dass seit Anfang der 1980er Jahre die nominellen ebenso wie tendenziell auch die effektiven Steuersätze zurück gehen. Das hat auch Auswirkungen auf die Struktur der Abgabensysteme. Die Besteuerung verlagert sich vom Faktor Kapital hin zum Faktor Arbeit, womit nicht nur verteilungspolitische, sondern auch beschäftigungspolitische Probleme verbunden sind. Vor diesem Hintergrund wäre eine stärkere Koordinierung der Unternehmensbesteuerung in der EU angebracht. Würde allerdings nur die Bemessungsgrundlage harmonisiert werden, stiege jedoch der Druck auf die Steuersätze, weil diese dann der einzige Wettbewerbsparameter sind, über den die Staaten dann noch verfügen. Um das zu verhindern, wäre eine Vereinheitlichung der Steuersätze nötig, das ist momentan aber nicht im Fokus der Europäischen Kommission. Deshalb befürchte ich, dass der Druck auf die Steuersätze verstärkt wird, wenn die Bemessungsgrundlage vereinheitlicht wird. Um die Einnahmeausfälle zu kompensieren, ist eine weitere Umstrukturierung der Abgabensysteme weg vom Faktor Kapital hin zum Faktor Arbeit eine nicht unwahrscheinliche Konsequenz.

#### ***Es wäre also aus Ihrer Sicht sinnvoll, die Bemessungsgrundlage und die Steuersätze einheitlich zu gestalten?***

Ich erachte es schon als sinnvoll, über Mindeststeuersätze zu diskutieren, allerdings denke ich nicht, dass es sich dabei um einen einheitlichen Mindeststeuersatz handeln soll. Die niedrigeren Steuersätze der neuen Mitgliedsländer kompensieren als eine Art Steuerrabatt bestehende Standortnachteile, daher sind die existierenden Steuersatzdifferenziale auch ökonomisch gerechtfertigt und zunächst nicht als Steuerdumping zu verurteilen. Problematisch wird es, wenn die neuen Mitgliedsländer ihre Steuersätze noch weiter senken. Denn wir wissen aus der empirischen Literatur, dass Steuersenkungen, die von einem ohnehin niedrigen Niveau ausgehen, nicht zu mehr Direktinvestitionen führen, sondern zu Steuereinnahmeausfällen, sodass dann schlicht und einfach das Geld fehlt, um die bestehenden Standortdefizite zu beseitigen. Realpolitisch ist es wohl schwierig durchzusetzen, aber aus ökonomischer Perspektive wäre es vernünftig, zwei Mindeststeuersätze ein-

zuführen, einen geringeren für die neuen und einen höheren für die alten Mitgliedsländer.

#### ***Sehen Sie negative Auswirkungen des Steuerwettbewerbs?***

Insgesamt sieht man den Trend zu einer stärkeren Belastung des Faktors Arbeit. Die Slowakei ist ein gutes Beispiel dafür. Die Slowakei hat 2004 die Flat Tax eingeführt, die auch eine relativ niedrige Unternehmensbesteuerung beinhaltet. Im Gegensatz dazu wurden – was in der öffentlichen Diskussion wesentlich weniger beachtet worden ist – die Sozialversicherungsbeiträge erheblich erhöht, um die Staatseinnahmen wieder zu stabilisieren. Dabei wissen wir aus der empirischen Literatur, dass es einen negativen Zusammenhang zwischen einer hohen Abgabenbelastung des Faktors Arbeit und der Beschäftigung gibt.

#### ***Welche Rolle spielt Österreich einerseits bei der Harmonisierungsdebatte und andererseits beim Steuerwettbewerb?***

Österreich gehört zu den Ländern, die eine einheitliche Bemessungsgrundlage befürworten; einer Harmonisierung oder Koordinierung der Steuersätze steht man dagegen eher ablehnend gegenüber. Österreich hat einerseits mit der Steuersatzsenkung 2005 den Wettbewerb weiter angefacht – die für 2008 geplante deutsche Unternehmenssteuersenkung ist unter anderem eine Reaktion auf die österreichische. Auf der anderen Seite ist es für ein einzelnes Land schwer, sich diesem Steuersenkungswettbewerb zu entziehen, vor allem für ein kleines Land wie Österreich, das sich an der Grenze zu den neuen Mitgliedsländern mit ihren niedrigen Steuersätzen befindet. Aus einer nationalstaatlichen Rationalität heraus ist es nachvollziehbar, bei diesem Steuerwettbewerb mitzumachen. Das ist ein klassischer Fall eines Gefangenendilemmas, aus dem das einzelne Land nicht herauskommt, sodass eine koordinierte Lösung erforderlich ist.

#### ***In Ihrem Beitrag „Finanzierungsalternativen zum EU-Budget“ (WIFO Monatsberichte 12/2006) sprechen Sie sich für die Zuweisung eigener Steuern an die EU aus. Warum ist das aus Ihrer Sicht sinnvoll?***

Eigene EU-Einnahmen, die nicht aus Beitragszahlungen der Mitgliedsstaaten stammen, verlieren immer mehr an Bedeutung und sind inzwischen sehr gering. An den letzten Verhandlungen über das EU-Budget wurde ersichtlich, dass diese Art der Finanzierung streitanfällig ist, da jedes Land versucht, seine Nettobeitragszahlungen so gering wie möglich zu halten. Langfristig halte ich eine stärkere Steuerfinanzierung für

sinnvoll. Einerseits um die Streitanfälligkeit zu verringern, andererseits, weil die EU eine Reihe von Aufgaben erledigt, die auf der nationalstaatlichen Ebene alleine mit der zunehmenden Verflechtung der Volkswirtschaften nicht mehr optimal angesiedelt sind, weil sie internationale Spill-overs haben, wie zB die Forschungspolitik. Wenn solche Ausgabenbereiche ausschließlich den Nationalstaaten überlassen werden, wird zu wenig investiert, wie eben im Bereich der Forschungspolitik. Daher ist es sinnvoll, wenn die EU hier eine stärkere Rolle übernimmt. Das heißt aber auch, dass die EU über wirkliche eigene Einnahmen zur Finanzierung der betreffenden Aufgaben verfügen sollte. Gleichzeitig gibt es eine Reihe von Steuern, die aufgrund der internationalen Integration auf nationalstaatlicher Ebene nicht oder nicht mehr erhoben werden können, wie Kerosin- oder Devisentransaktionssteuern, die auf nationalstaatlicher Ebene nicht durchsetzbar wären. Es gibt daher Aktivitäten, die – wie der Kerosinverbrauch – mit negativen Externalitäten verbunden sind und deshalb besteuert werden sollten. Auf nationalstaatlicher Ebene ist das aber nicht möglich, daher ist es sinnvoll, die Besteuerung auf supranationale Ebene zu heben. Das sind ökonomische Überlegungen, die für eine Steuerhoheit der EU sprechen. Das Gegenargument ist eher ein institutionelles. Über eine eigene Steuerhoheit kann erst gesprochen werden, wenn einerseits die grundlegende Entscheidung getroffen worden ist, die EU im Sinne einer Art Bundesstaatsgebilde verbindlicher zu gestalten, und wenn andererseits die bestehenden Demokratiedefizite auf EU-Ebene gelöst worden sind. Das sind grundsätzliche institutionelle Entscheidungen, die getroffen werden müssen, aber aus ökonomischer Sicht spricht einiges dafür, der EU eigene Steuerhoheiten zuzuweisen.

***Sie schlagen eine Devisentransaktionssteuer und eine Kerosinsteuer unter EU-Hoheit vor, bei eventueller Abschaffung der mehrwertsteuerbasierten Zuweisungen. Können Sie die unterschiedlichen Vorschläge kurz erläutern?***

Für die Kerosinsteuer spricht grundsätzlich, dass sie angesichts der negativen Externalitäten des Flugverkehrs sinnvoll ist, weil sie als Lenkungssteuer zur Eindämmung des Kerosinverbrauchs eingesetzt werden kann; sie ist jedoch wegen Ausweichreaktionen auf nationaler Ebene nicht durchsetzbar. Die Devisentransaktionssteuer ist weniger wegen negativer Externalitäten angedacht, weil innerhalb der EU ein solches Stabilisierungsinstrument für die Devisenmärkte nicht benötigt wird, aber zur Finanzierung öffentlicher Haushalte ist die Bemessungsgrundlage einer Devisentransaktionssteuer sicherlich ergiebig. Wenn sie mit einem sehr geringen Steuersatz erhoben wird, ist sie auch nicht mit wesentlichen Verzerrungen

verbunden. Manchmal wird auch die Körperschaftsteuer als mögliche EU-Steuer genannt. Bei der Körperschaftsteuer bezweifle ich aber aufgrund der bestehenden ökonomischen Divergenzen, dass wir schon an dem Punkt sind, wo es wirklich sinnvoll ist, eine einheitliche Körperschaftsteuer mit einer einheitlichen Bemessungsgrundlage und einem einheitlichen Steuersatz einzuführen, weil man mit einem relativ hohen Steuersatz den neuen Mitgliedsländern schaden würde. Aus empirischen Studien wissen wir: So wenig effektiv die Senkung von Steuersätzen, ausgehend von einem niedrigen Niveau, als Instrument ist, um Direktinvestitionen anzuziehen, so schädlich ist es, die Steuern anzuheben. Bei einem relativ hohen Mindeststeuersatz müssten die neuen Mitgliedsländer ihre Steuersätze erhöhen und würden auf diese Weise wohl Investitionen abschrecken. Je mehr sich aber die EU Mitgliedsländer in ihren ökonomischen Bedingungen annähern, umso dringlicher wird es, über eine einheitliche Unternehmenssteuer nachzudenken, da die nationalen Unternehmenssteuersysteme zunehmend wettbewerbsanfälliger werden.

Das Interview führten Marion Steiner und Simon Sturn.

# Frauenerwerbstätigkeit in Europa

## Zwischen Haushalt, Markt und Staat

Über die (überraschenden) Zusammenhänge zwischen Hausarbeit, Sozialsystemen, Wohlstand und Fertilität

Seit den 1960er Jahren kam es in Europa zu einem massiven Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit. Die Gründe dafür liegen in Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur, im steigenden Bildungsniveau und natürlich in den sich verändernden Ansprüchen und Erwartungen der Frauen. Während Frauen aus dem Haushalt auf den Arbeitsmarkt treten, übernimmt der Markt einen immer größer werdenden Teil der Haushaltssproduktion. Langsam kommt es in Europa zu einer Konvergenz der Frauenerwerbsquoten, die aktuellen Bedingungen in den einzelnen Ländern sind allerdings höchst unterschiedlich. Die niedrigste Erwerbsbeteiligung von Frauen hatte im Jahr 2005 Italien mit rund 45% der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren am Arbeitsmarkt, die höchste Dänemark mit knapp 72%. Österreich liegt mit 62% im Mittelfeld.

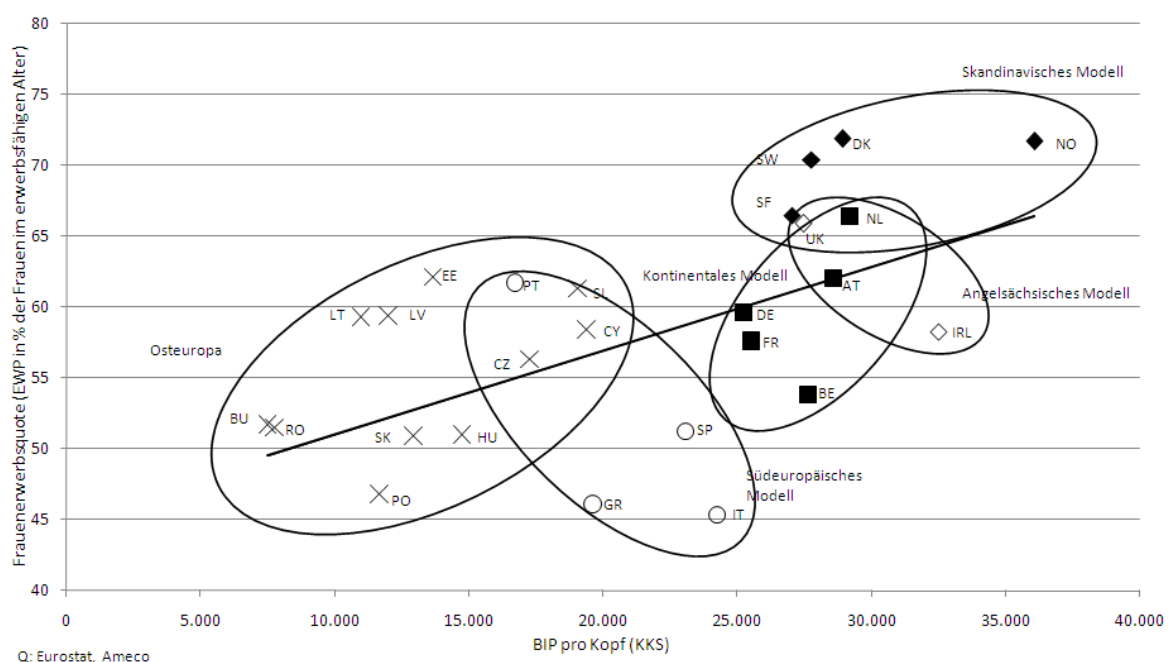
### Wohlfahrtsmodelle als Systeme der gesellschaftlichen Organisation

Die EU-Kommission (2001: 56 f.) unterscheidet aufbauend auf den Arbeiten von Esping-Anderson und Scharpf zwischen vier grundlegenden Typen von Wohlfahrtsmodellen: dem marktorientierten angelsächsischen, dem auf das Individuum ausgerichteten skandinavischen, dem versicherungsbasierten kontinentalen, sowie dem familienorientierten südeuropäischen Modell<sup>1</sup>. Mit diesen Modellen sind Unterschiede in den Steuersystemen, bei Transferzahlungen, sowie der Bereitstellung

öffentlicher Güter verbunden. Dies führt zu unterschiedlichen Anreizen der Aufteilung der Arbeit zwischen Haushalt und Markt. Alle Modelle mit Ausnahme des skandinavischen basieren auf dem Prinzip des male breadwinner. Dem Mann wird ein Familienlohn zugedacht, der ausreicht um eine ganze Familie zu ernähren, der Verdienst der Frau wird als Zuverdienst angesehen.

Im Zeitalter der Globalisierung gerät dieses Modell jedoch nicht nur aus feministischer sondern auch aus ökonomischer Sicht unter Druck, da es einer produktivitätsorientierten Entlohnung entgegensteht. Hohe Frauenerwerbsquoten gibt es im skandinavischen und teilweise im angelsächsischen System. Eine breite Palette von staatlichen (Sozial-)Leistungen, wie etwa im Bereich der Kinderbetreuung, ermöglicht es Familien- und Berufsleben zu vereinbaren. Die hohen Lohnunterschiede zwischen Hoch- und Geringqualifizierten im angelsächsischen Raum haben einen ähnlichen Effekt. Hochqualifizierte Frauen können es sich leisten, Haushaltsleistungen zuzukaufen, was die Frauenerwerbstätigkeit doppelt erhöht. In Kontinentaleuropa ist die Frauenerwerbstätigkeit deutlich geringer, allerdings immer noch höher als in Süd- und Osteuropa. Im Gegensatz zu Skandinavien, wo der Staat Dienstleistungen wie Kinderbetreuung bereitstellt, werden in vielen Ländern dieser Regionen, Zahlungen direkt an den Haushalt getätigt, was den Verbleib von Frauen im Haushalt fördert.

Zusammenhang zwischen Frauenerwerbsquote und BIP pro Kopf (2005)





## Mehr Wohlstand

Eine Verlagerung von Hausarbeit auf den Markt hat zur Folge, dass diese nun im Bruttoinlandsprodukt erfasst wird, was dieses höher erscheinen lässt, allerdings noch keine realen Effekte hat. Erwerbsarbeit bietet aber auch bessere Möglichkeiten als Hausarbeit, gemäß den persönlichen Fähigkeiten und der erreichten Ausbildung tätig zu sein. Gut ausgebildete Frauen können einem Beruf nachgehen, der ihrer Qualifikation entspricht, während Haushaltstätigkeiten von gering qualifizierten Personen ausgeübt werden können. Dies führt zu einem effizienteren Einsatz des Faktors Arbeit und hebt die Produktivität insgesamt an. Des Weiteren können gewisse Haushaltstätigkeiten effizienter erledigt werden, wenn sie nicht im Haushalt, sondern von professionellen Organisationen, seien es marktliche oder staatliche, durchgeführt werden. All diese Faktoren haben einen Einfluss auf das Volkseinkommen, was auch empirisch gezeigt werden kann.



## Wer kriegt die Kinder?

Mit den unterschiedlichen sozialen Organisationsformen gehen nicht nur unterschiedliche Frauenerwerbsquoten und Volkseinkommen einher, auch die Fertilität wird stark durch sie beeinflusst. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung zeigt sich eine stark positive Korrelation zwischen Frauenerwerbsquote und Fertilität. In jenen Systemen, in denen es gelingt Frauen die Möglichkeit für Kinder und Karriere zu geben, liegt die Fertilität deutlich höher als in jenen Systemen, die ein klassisches Familienmodell in ihrem Zentrum haben. Die höchste Fertilität haben daher die skandinavischen Länder, während die südeuropäischen Länder die niedrigsten Frauen-

erwerbsquoten und die niedrigste Fertilität haben. Time Use Surveys (TUS) zeigen zudem, dass die Zeit, die aktiv mit Kindern verbracht wird, von Erwerbstätigkeit relativ unabhängig ist, was ebenfalls überraschend sein mag.

In Zeiten weitreichender gesellschaftlicher Veränderungen, insbesondere auch was die Organisation der Arbeit betrifft, besteht die Herausforderung nun darin, in ganz Europa adäquate Modelle der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu entwickeln. Die alte Trennung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Hausarbeit verliert dabei an Bedeutung. Durch Auslagerung von Hausarbeit und gleichzeitigen Möglichkeiten der Heimarbeit kommt es zu einer immer engeren Verflechtung der beiden Sektoren. Die Dichotomie zwischen dem male breadwinner Modell und dem individualistischen Ansatz wird ebenso zu überdenken sein wie die Aufteilung der Verantwortung zwischen Markt, Staat und Haushalt. Dabei kann von den erfolgreichen Modellen gelernt werden, in manchen Bereichen werden aber ganz neue Wege zu beschreiten sein.

Andi Steinmayr studiert Volkswirtschaft an der WU und Soziologie an der Uni Wien. Er ist Mitarbeiter bei Gudrun Biffl.

---

### FUSSNOTEN:

1) Die neuen Mitgliedstaaten sind in dieser Differenzierung noch nicht enthalten.

### Literatur:

(der Artikel basiert auf folgendem Paper):

Biffl, Gudrun (2007): The Employment of Women in the European Union. WIFO Working Papers, No. 297.

Abrufbar unter: [http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/WP\\_2007\\_297\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/WP_2007_297$.PDF)

### Weitere Verweise:

Esping-Andersen, Gösta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Polity Press. Cambridge

Europäische Kommission (2001): Beschreibung der sozialen Lage in Europa 2000. Luxemburg. Abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/employment\\_social/social\\_situation/docs/SSR2000\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/social_situation/docs/SSR2000_de.pdf)

Scharpf, Fritz W. (2000): Sozialstaaten in der Globalisierungsfalle? Lehren aus dem internationalen Vergleich. Jahrbuch des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung.

Abrufbar unter: [http://www.mpg.de/pdf/jahrbuch\\_2000/jahrbuch2000\\_059\\_073.pdf](http://www.mpg.de/pdf/jahrbuch_2000/jahrbuch2000_059_073.pdf)

# Arbeitsmobilität in der EU aus soziologischer Perspektive

Internationale Mobilität von Arbeitskräften ist ein wichtiger Bestandteil optimaler Ressourcenallokation in abstrakten Modellen der Mainstream-Ökonomie. Die in der EU real herrschenden Strukturen und Verhältnisse für mobile Arbeitskräfte sollen – als Verweis auf die große Relevanz auch des Nicht-ökonomischen in diesem Bereich – hier exemplarisch dargestellt werden.

Arbeitskraft ist in der Perspektive der Mainstream-Ökonomie ein Faktor in der Erstellung von Gütern – nicht mehr, nicht weniger. Die optimale Allokation von Produktionsfaktoren in einem dynamischen Wirtschaftsraum erfordert folgerichtig die Möglichkeit, Arbeitskraft in ihren vielfältigen Ausprägungen und Qualitäten jeweils an ihren „richtigen“ (produktivsten) Platz zu bringen. Oder anders gesagt, die Mobilität von Arbeitskraft (mitsamt den daranhängenden menschlichen Wesen) innerhalb des Wirtschaftsraumes. Derartige Überlegungen sind die treibende Kraft hinter der Grundfreiheit der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit in der EU, die einen wesentlichen Bestandteil des gemeinsamen Binnenmarktes darstellt. Jedoch wurde diese von den Organen der EU nicht nur gesetzlich verankert, sondern soll den BürgerInnen der Union auch durch Maßnahmen der „Meinungsbildung“ schmackhaft gemacht werden. Ein schönes Beispiel dafür ist etwa die Broschüre „Europeans on the move“, die im „Europäischen Jahr der Arbeitsmobilität“ 2006 im Auftrag der Kommission erstellt wurde und die positive Wirkung von Arbeitsmigration für ausgewählte Individuen zeigt (die im Übrigen beinahe alle gehobene Positionen im Management innehaben).

## Die Menschen hinter den Produktionsfaktoren

Jedoch: wie geht Arbeitsmigration in der EU außerhalb einer ressourcenallokativen Perspektive vor sich? Auf welche Strukturen, welche Situationen und welche Einflüsse treffen Menschen, die – aus welchen Motiven auch immer – das Land ihrer Herkunft verlassen, um in einem anderen Land der Union zu arbeiten? Anhand von soziologischen Studien sollen einige

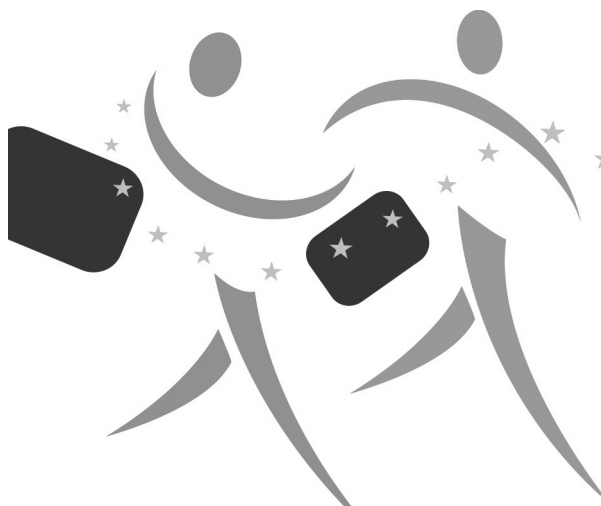
dieser Fragen sowohl aus struktureller als auch aus individueller Perspektive vertieft werden.

## Konflikte

Annette Treibel (2003 [1990]) beschreibt Mechanismen, die der gesellschaftlichen Integration migrierender Arbeitskräfte entgegenwirken. Migration entsteht für sie aufgrund der gesellschaftlichen Struktur im Auswanderungsland, die eine Diskrepanz zwischen der Leistung von Personen und ihren Ansprüchen auf Ressourcen festschreibt. Die Unzufriedenen, die ihre Leistung nicht genügend entlohnt sehen, emigrieren. Im Einwanderungsland sehen jedoch die „Einheimischen“ ihren Status bedroht und sichern ihn, indem den EinwandererInnen nicht ihr durch Leistung erworbener, sondern ihr durch ethnische Zugehörigkeit zugeschriebener Status zuteil wird – von Treibel als „neofeudale Schichtung“ bezeichnet (Treibel 2003: 178ff). Das ist natürlich ein komplexer Prozess, in dem auch die Medien eine Rolle spielen, dessen Effekte aber offensichtlich werden, wenn z.B. Menschen aus den neuen Mitgliedsstaaten der Osterweiterung in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem mit niedrig qualifizierten Dienstleistungen in Verbindung gebracht werden. MigrantInnen akzeptieren diese Zuschreibungen oftmals, solange sie als Bezugssystem für ihren Status ihr Herkunftsland verwenden und daher eine (materielle) Verbesserung ihrer Lage wahrnehmen. Zu Konflikten kommt es aber, wenn nach und nach das Einwanderungsland das neue Bezugssystem wird und die eigene Lage als ungerecht wahrgenommen wird – wie es vor allem durch Angehörige nachfolgender Generationen geschieht (Treibel 2003 [1990]: 183). Insgesamt zeigt diese Perspektive, wie gesellschaftliche Diskriminierung trotz rechtlicher Gleichstellung zustande kommt und aufrechterhalten wird.

## Zugehörigkeit

Adrian Favell (2003) hat ethnographische Studien zur Lebenssituation flexibler, hochqualifizierter europäischer ArbeitnehmerInnen durchgeführt – also genau jener Menschen, die nach Vorstellung der europäischen Kommission für internationale Mobilität prädestiniert sind. Für sie gelten die Diskriminierungen, die Treibel (siehe oben) beschreibt, offensichtlich nicht (Favell 2003: 417). Jedoch ergeben sich auch für sie Probleme aus der Migration: In den meisten Fällen schaffen sie es nicht, engere Kontakte mit „Einheimischen“ zu knüpfen, und beschränken ihr soziales Leben auf andere ausländische ArbeitnehmerInnen (so gibt es z.B. in Brüssel große irische, in London große französische, spanische



Logo der europäischen Jahrs der Mobilität der ArbeitnehmerInnen

und italienische Gemeinschaften). Damit verbunden ist die Unkenntnis ungeschriebener Regeln und Verhaltensweisen, die oftmals zu Benachteiligungen und „unsichtbaren“ Barrieren führt, was wiederum den sozialen Zusammenschluss mit anderen ausländischen ArbeitnehmerInnen verstärkt. Es erfolgt also keine soziale Integration in das soziale Gefüge des Einwanderungslandes, sondern die Bildung „transnationaler Gemeinden“, die unter sich bleiben, auch wenn durchaus der Wunsch besteht, ein „normales“, d.h. in der nationalen Gesellschaft integriertes, Leben zu führen (Favell 2003: 423). Der ungewollte Ausschluss trifft in der Regel auch die Kinder von transnationalen ArbeitnehmerInnen, die oftmals in internationalen Schulen unterrichtet werden, und entweder selbst „transnationale Karrieren“ ergreifen oder aber aus Mangel an Identität zu überzeugten Nationalisten bezüglich der Heimat ihrer Eltern werden (Favell 2003: 418).

## Identität

Val Balding et al (1998) beschreiben die Migration von Frauen, sowohl von außerhalb als auch innerhalb der Union, im Hinblick auf Veränderungen ihrer Identitätswahrnehmung. Sie kommen zu dem Schluss, dass die Erfahrung der Migration und die Loslösung von nationalen Strukturen (die für die Frauen oft schwierig waren) zu einer umfassenderen Wahrnehmung des Selbst und der Umgebung führen kann. Sie gehen sogar so weit, in dieser Wahrnehmungsänderung ein Potential für weitreichende politische Forderungen, wie die Abschaffung der migrationspolitischen „Festung Europa“, zu sehen. Diese politischen Implikationen wären wahrscheinlich eher nicht im Sinne der Kommission, andere Aspekte der Identitätsveränderung hingegen sehr wohl: In einem Working Paper eines von ihr finanzierten Projektes (Recchi, Nebe 2003) wird die Frage gestellt, ob innereuropäische Migration auch zu europäischer Identität führt und in der Folge der soziale Zusammenhalt innerhalb der Union nationenübergreifend wird. Darin wird festgestellt, dass die Bildung einer europäischen Identität vor allem dann gelingen könnte, wenn MigrantInnen schon bi-kulturelle Identitäten aufweisen, sich also sowohl ihrem Herkunftsland als auch ihrem Einwanderungsland zugehörig fühlen. Diese Einstellung würde u.a. durch höheren sozioökonomischen Status und professionelle sowie private Kontakte mit Einheimischen begünstigt (Recchi / Nebe 2003: 15f). Im Lichte der oben dargestellten Probleme selbst hochqualifizierter ArbeitsmigrantInnen ist jedoch anzunehmen, dass sich die Bildung einer europäischen Identität – wenn sie überhaupt möglich ist – wohl nur auf einen kleinen Teil der MigrantInnen beschränken würde.

## Was ist Arbeitsmigration?

Eine eindeutige Antwort über die sozialen Auswirkungen von Migration innerhalb der Union steht nicht am Schluss dieses Artikels. Vielmehr ist zu hoffen, dass die Relevanz einer Perspektive außerhalb der reinen Ökonomie bzw. die Notwendigkeit einer umfassenderen Perspektive auch auf Prozesse, die auf den ersten Blick als klares Resultat aus Angebot, Nachfrage und Lohndifferentialen erscheinen, ein wenig vermittelt werden konnte.

Georg Schinko studiert Sozioökonomie an der WU

## Literatur:

- Balding, Val et al (1998): Women's movement. Citizenship, migration and processes of European integration. In: Ballarin, Peter (Hg.): Women in the European Union. University of Canada Press, University of Granada Press, University of Helsinki Press.
- Favell, Adrian (2003): Games without frontiers? Questioning the transnational social power of migrants in Europe. In: Archives Européennes de Sociologie, Bd. 3, S. 106-136.
- European Commission (2006): Europeans on the move. Portraits of 31 mobile workers. Office for Official Publications of the European Communities. Unter [http://bookshop.europa.eu/eGetRecords?Template=en\\_log\\_freeDwnld&filename=/eubookshop/FileCache/PUBPDF/KE7606115DEC/KE-7606115DEC\\_002.pdf&EUBPHF\\_UID=434354](http://bookshop.europa.eu/eGetRecords?Template=en_log_freeDwnld&filename=/eubookshop/FileCache/PUBPDF/KE7606115DEC/KE-7606115DEC_002.pdf&EUBPHF_UID=434354).
- Recchi, Ettore / Nebe, Tina M. (2003): Migration and political identity in the European Union. PIONEUR Working Paper no.1. Unter [www.obets.ua.es/pi-oneur/bajaarchivo\\_public.php?iden=39](http://www.obets.ua.es/pi-oneur/bajaarchivo_public.php?iden=39).
- Treibel, Annette (2003 [1990]): Migration in modernen Gesellschaften. 3. Auflage. Juventa Verlag.

# EU-Handelspolitik: Bullying for Gold-mines

Ein Blick auf die innergemeinschaftlichen Beziehungen der EU erlaubt eine einfache Diagnose: Ob Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- oder Personenverkehr, alles ist (zumindest theoretisch) frei! Im Außenhandel sieht es anders aus. Und das bearbeitet die EU derzeit mit verschiedenen Methoden und auf unterschiedlichen Ebenen. Eine Beleuchtung diverser Facetten der EU-Handelspolitik auf dem Weg Richtung Freihandel.

Bis in die 1980er Jahre war der Tellerrand der Handelspolitik der Europäischen Gemeinschaften (EG) weitgehend deckungsgleich mit den Grenzen des Staatenbundes. Obwohl die Handelspolitik einer der ältesten vergemeinschafteten Bereiche ist (nämlich seit 1957), konzentrierte sich die Wirtschaftspolitik der EG lange Zeit auf die Herausbildung des Binnenmarkts. Erst die fortschreitende Transnationalisierung europäischer Konzerne lieferte den Impuls, den Fokus stärker auf Gebiete jenseits der EG/EU-Grenzen zu lenken (Deckwirth/Schmalz 2005: 77). Seither hat die Ausrichtung der EU-Handelspolitik zusehends an – mitunter äußerst scharfen – Konturen gewonnen. Neben der Erkenntnis, dass sie in den Bereichen der internationalen Finanz- und Währungspolitik sowie Sicherheits- und Verteidigungspolitik (noch?) über vergleichsweise wenig Gestaltungsmacht verfügt, waren auch andere Faktoren ausschlaggebend dafür, dass die EU zunehmend danach strebte, sich zumindest im Handelsbereich als (die Liberalisierung voran)treibende Kraft zu etablieren (vgl. Bieling 2005).

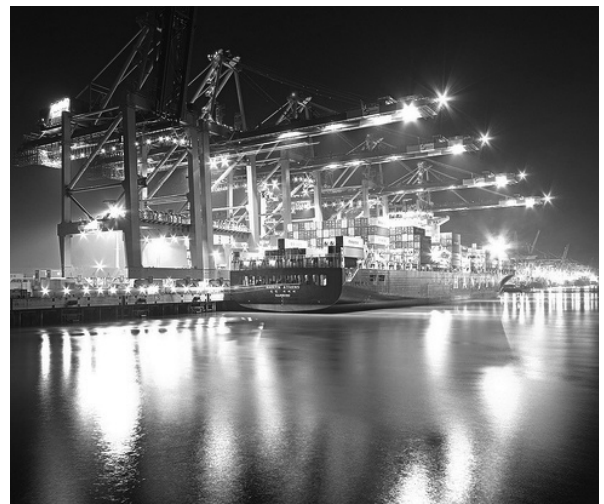
## Aus der Defensive in die Offensive

Lange Jahre war die EU-Handelspolitik eher defensiv ausgerichtet. In zahlreichen Verhandlungsrunden des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen; Vorläufer der Welthandelsorganisation WTO) war die EG primär darauf bedacht, den Schutz ihres Agrarmarktes aufrecht zu erhalten. In der jüngeren Vergangenheit hingegen zeichnet sich ein deutlicher Paradigmenwechsel ab. Bei Verhandlungen im Handelsbereich geht die EU (auf bi- wie auf multilateraler Ebene) immer mehr in die Offensive. Ihr Hauptanliegen ist es, den Zugang europäischer Firmen zu den Märkten von Drittländern zu verbessern. Getrieben wird sie dabei von den Forderungen der Unternehmen und deren schlagkräftigen Lobbyisten (siehe Deckwirth 2005). Mittlerweile ist nahezu jeder Wirtschaftssektor durch eigene Lobbyingverbände in Brüssel vertreten, um der Umsetzung der jeweiligen Interessen Nachdruck zu verleihen. Wenig verwunderlich, dass Brüssel nunmehr neben Washington DC als zweite „Hauptstadt des Lobbyings“ gilt (Frein et al. 2005: 5).

## Exportgestütztes Wachstum

In Form dieser verstärkten Außenorientierung erweist sich die Handelspolitik im Grunde als weiteres Element eines allgemeineren wirtschaftspolitischen Kurses, der auch an der Geldpolitik der EZB bzw. den im Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) festgelegten Vorgaben bezüglich der Fiskalpolitik ablesbar ist. Was die Förderung des Wirtschaftswachstums anbelangt, setzen die EU-Behörden nämlich zunehmend auf

Exporte – und vernachlässigen dabei die Binnennachfrage. Wie bei EUROSTAT nachzulesen ist, gewinnen die Exporte als Komponente der aggregierten Nachfrage seit geraumer Zeit an Bedeutung. Gemessen als Anteil am BIP der EU-15 stieg der Extra-EU-Handel mit Waren zwischen 1991 und 2004 von 14,92% auf 21,86%, jener mit Dienstleistungen von 5,51% auf 7,12% (Raza 2007a: 1). Indessen stagnieren die anderen Nachfragekomponenten: Zum einen die Investitionen, weil jene des Privatsektors durch die hohen Zinssätze der EZB gehemmt werden, während jene des öffentlichen Sektors unter der Investitionsfeindlichkeit des SWP leiden. Zum anderen der (private) Konsum, der angesichts stagnierender Real-löhne kaum wächst. Im Hinblick auf die Lissabon-Strategie und unter Verweis auf das Schlagwort „Wettbewerbsfähigkeit“ wird auch die Lohnpolitik vermehrt der Exportorientierung untergeordnet. Folglich werden in der EU Löhne wieder stärker als (möglichst niedrig zu haltender) Kostenfaktor in der Produktion und weniger als Basis für den privaten Konsum betrachtet. Kurzum: Hinsichtlich des Ziels, das Wirtschaftswachstum in der EU anzukurbeln, kommt den Exporten eine wachsende Bedeutung zu. Um nun den Außenhandel zu intensivieren, greift die EU-Kommission als verantwortliche Behörde auf verschiedene, teils neue Methoden zurück.



## Neo-Merkantilismus als konzeptuelle Basis

Theoretisch lässt sich das Konglomerat an diesbezüglichen Methoden als „Neo-Merkantilismus“ fassen (siehe hierzu Raza 2007a, 2007b). Damit wird angedeutet, dass sich die Handelspolitik der EU am klassischen Konzept des Merkantilismus orientiert, davon aber in ein paar Aspekten abweicht. So stimmen einige Elemente, wie z.B. die gezielte Förderung



von Exporten sowie die aktive Rolle der Bürokratie (in diesem Fall der EU-Kommission) bei der Beseitigung von Handelshindernissen in Drittländern, mit der klassischen Vorstellung vom Merkantilismus überein. Eine andere Komponente des klassischen Merkantilismus hingegen – Schutzmaßnahmen gegen Importe – ist in einer zunehmend globalisierten Weltwirtschaft, in der weitreichende WTO-Bestimmungen eine Abrüstung des Arsenal an protektionistischen Maßnahmen verlangen, kaum mehr anwendbar. Dafür ist heute die Handelspolitik stärker mit anderen wirtschaftspolitischen Bereichen verzahnt.

### Vom Tanz auf mehreren Hochzeiten

In der Praxis manifestiert sich diese Orientierung am Neo-Merkantilismus in einer Mehrebenenstrategie (vgl. Schilder et al. 2005). Nachdem die Verhandlungen im Rahmen der WTO seit Jahren nur mehr stockend vorankommen, verliert die EU-Kommission zunehmend das Interesse an dieser multilateralen Ebene. Stattdessen setzt sie – wie in ihrer Mitteilung „Global Europe: Competing in the World“ (Oktober 2006) verlautbart – verstärkt auf regionale und bilaterale Freihandelsabkommen (FTAs). Damit reagiert sie zum einen auf den Druck, welcher von der aggressiven Handelspolitik der USA (die ebenfalls bereits zahlreiche FTAs abgeschlossen hat) und neuerdings auch Chinas ausgeht. Zum anderen erlauben es ihr diese FTAs aber auch, Liberalisierungsforderungen einzubauen, die über die WTO-Bestimmungen hinausgehen. Dies betrifft insbesondere den Dienstleistungshandel, den Schutz geistigen Eigentums, die Regulierung von (Auslands)Investitionen sowie das öffentliche Beschaffungswesen. Die letzteren Beiden zählen zu den sog. „Singapur-Themen“, deren Aufnahme in die WTO-Verhandlungsagenda am erbitterten Widerstand der Entwicklungs- und Schwellenländer gescheitert war. Die EU will ihre Umsetzung nun mithilfe regionaler und bilateraler Abkommen forcieren. All dem liegt die Motivation zugrunde, den Marktzugang für europäische Unternehmen zu erweitern und Drittländer ökonomisch stärker an die EU zu binden.

Die Auswahl der Partner für FTA-Verhandlungen erfolgt dabei sorgfältig nach bestimmten Kriterien. Das Augenmerk liegt vor allem auf deren wirtschaftlichem Potenzial (Größe und Wachstum) sowie dem Ausmaß bestehender Handelsbarrieren gegenüber der EU. Dementsprechend wurden heuer bereits Verhandlungen mit der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN), Südkorea, Indien und der Andengemeinschaft begonnen. Mit dem Mercosur läuft ein solcher Prozess bereits seit 2000. Besonders heikel sind die seit 2003 betriebenen Verhandlungen mit den 78 AKP-Staaten (ehemalige europäische Kolonien in Afrika, der Karibik und im Pazifikraum)

über den Abschluss von sog. „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“. KritikerInnen betonen, dass für die Exporteure aus den AKP-Ländern die Verbesserungen im Zugang zum für sie ohnehin schon weitgehend liberalisierten europäischen Markt nur gering oder theoretischer Natur wären. Andererseits, so befürchten sie, würden nach einer Öffnung der AKP-Märkte lokale ProduzentInnen durch wettbewerbsstärkere europäische Anbieter verdrängt und die Staatshaushalte durch den Entfall von Zolleinnahmen erheblich beschnitten. Den Preis für den Expansionsdrang europäischer Konzerne hätten also vornehmlich die Staaten und ProduzentInnen auf diesen Kontinenten zu zahlen.

Nächstes EU-Zielgebiet sind jedenfalls die zentralamerikanischen Staaten, mit denen Ende Oktober Gespräche begonnen wurden. Wie schon Frein et al. (2005: 4) so treffend formulierten: „Gleich der Fahrt auf einer mehrspurigen Autobahn wechselt [die EU bei ihrer Handelspolitik] geschickt die Fahrbahnen, um möglichst rasch an das Fahrtziel Freihandel und Sicherung von Konzerninteressen zu gelangen.“ Nun hat sie zu den nächsten Überholmanövern angesetzt. Der Blinker ist schon draußen.

Thomas Bernhardt studiert Volkswirtschaft und Internationale Betriebswirtschaft an der WU sowie Ethnologie an der Uni Wien

### Literatur:

- Bieling, H.-J. (2005): Europäische Union und Globalisierung. Vom Handelsblock zur Supermacht mit imperialen Ambitionen? In: Badziura, A. et al. (Hg.): Hegemonie – Krise – Krieg. Hamburg: VSA.
- Deckwirth, C. (2005): Die Konzernagenda in der EU-Handelspolitik. Berlin: WEED.
- Deckwirth, C. / Schmalz, S. (2005): Die EU im globalen Handelssystem – zwischen Bi- und Multilateralismus? In: Journal für Entwicklungspolitik, Vol. XXI, Nr. 4.
- Frein, M. et al. (2005): Wie die Armen auf der Strecke bleiben. Handelspolitik zwischen Bi- und Multilateralismus. Berlin: EED/WEED.
- Raza, W. (2007a): Bilateralism re-loaded? Aggressive re-orientation of European Union Trade Politics in the twilight of the WTO-Doha negotiations, unveröffentl. Manuskript.
- Raza, W. (2007b): European Union Trade Politics: Pursuit of Neo-Mercantilism in Different Fora? In: Blaas, W. / Becker, J. (Hg.): Strategic arena switching in international trade negotiations. Aldershot: Ashgate.
- Schilder, K. et al. (2005): Freie Fahrt für freien Handel? Die EU-Handelspolitik zwischen Bi- und Multilateralismus. Berlin: EED/WEED.
- <http://ec.europa.eu/trade/>

# Das große Knistern auf den europäischen Strommärkten

Aktuell nehmen die Diskussion um die Versorgungssicherheit Europas mittels Primärenergieträger und die intensive mediale Behandlung des Klimawandels eine dominierende Stellung in den europäischen und nationalen Energiepolitikagenden ein. Allerdings zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass die zukünftige Entwicklung der europäischen Strommärkte von wesentlich elementarerem und beständigeren Einflussfaktoren determiniert wird.

Auch wenn eine einheitliche historische Untersuchung der europäischen Stromwirtschaft aufgrund von länderspezifischen Differenzen nur eingeschränkt möglich ist, hat sich auch in diesem Bereich ein allmählicher wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel eingestellt. Diese Entwicklung hat ihren Ausgangspunkt in Großbritannien und den USA genommen und umfasst einen Großteil der Netzwerkindustrien (Post, Telekom, etc.) (vgl. Beesley/Littlechild 1989: 454 und Newbery 2001: 13f). Das Erstarken des Marktmechanismus als dominierende Allokationsform hat zu einem Wandel in der Wahrnehmung von Elektrizität als öffentliche Dienstleistung hin zu einer ordinären Ware geführt.<sup>1</sup> Neben ideologischen Überzeugungen wirkte insbesondere die Erwartung positiver Wohlfahrtseffekte sowie eines effizienteren Ressourceneinsatzes als Triebkraft für eine Liberalisierung und Privatisierung des Strommarktes.

## Marktstruktur und Marktmacht

Grundsätzlich kann Strom aufgrund seiner Homogenität geradezu als Paradebeispiel für ein Gut bezeichnet werden, dessen Preisbildung man dem Marktmechanismus überlassen kann. Trotz kalmierender Beteuerungen (Stichwort „atomfreies Österreich“) lässt sich für den/die gewöhnliche/n Verbraucher/ in die Herkunft von Elektrizität – Strom hat kein Mascherl – nicht feststellen (vgl. Lise et al. 2007: 5855f). In Fortführung dieses Gedankengangs lassen sich lediglich die Faktoren Versorgungsqualität (also ob Stromstärke und –spannung der vorgeschriebenen Norm entsprechen) und Versorgungssicherheit (Länge und Häufigkeit von ungeplanten Stromausfällen) als Differenzierungsmöglichkeiten eruieren (siehe Haber/Rodgarkia-Dara 2005: 6). Ergänzend muss betont werden, dass Elektrizität nur sehr eingeschränkt als herkömmliches Gut betrachtet werden kann. Zuzuschreiben ist dies der Tatsache, dass Strom nur bedingt gelagert<sup>2</sup> und kurzfristig kaum substituiert werden kann. Daraus lässt sich auch die verhältnismäßig geringe Nachfrageelastizität erklären. Selbstverständlich ist dies nur eine Seite der sprichwörtlichen Medaille, denn das Kernproblem bildet die monopolistische bzw. in vielen Fällen oligopolistische Marktstruktur, wie beispielsweise der Herfindahl-Hirschmann-Index (HHI) dokumentiert. Dieses Bild zeigt sich in Tabelle 1.

Bei näherer Betrachtung offenbart sich jedoch die Fragwürdigkeit dieser Herangehensweise, da sich die Festlegung jener HHI-Schwellenwerte, ab denen die Marktkonzentration als zu hoch eingestuft werden, nicht einfach aus der Theorie ableiten lässt, sondern nach politischer Maßgabe erfolgt. So setzt beispielsweise das US-Justizdepartment die HHI-Schwellenwerte teils niedriger an als die EU Kommission, wodurch impliz-

it die Marktmacht der Energieversorger deutlicher betont wird. Prinzipiell ist die Definition des relevanten Marktes, womit sowohl der geographische als auch der Produktmarkt gemeint sein kann, entscheidend für die Ermittlung der Marktkonzentration. Je weiter dieser gefasst ist, umso eher wird die Marktkonzentration geringer ausfallen. Im Falle Österreichs könnte dies bei einer Analyse auf Länderebene einen entsprechend höheren HHI implizieren.

Dennoch ist der eigentliche Beweggrund für die Bestrebungen der EU Kommission, Produktion und Übertragung von Elektrizität im Rahmen eines Ownership Unbundling zu entkoppeln, nicht nur in der Angst vor Marktversagen aufgrund von Marktmacht zu suchen. Vielmehr befürchtet sie, dass in dieser Branche effektiver Wettbewerb durch einen „natürlichen Flaschenhals“ in den Netzen verhindert wird (vgl. Haberfellner 2002).

**Tabelle 1: Marktkonzentration im Bereich der Stromerzeugung in Europa**

HHI		Länder
>5.000	Sehr hohe Konzentration	BE, FR, GR, IE, PT, EE, LU, SK und SI
1.800 – 5.000	Hohe Konzentration	DE, IT, ES, LT und CZ
750 – 1.800	Moderate Konzentration	AT, SE, FI, DK, NL, UK, PL und HU
Quelle: Europäische Kommission 2005: 20		

## Das regulative Element als Ausgleich?

Daher erachtete die EU Kommission trotz der Neustrukturierung und Liberalisierung des Strommarktes staatliche Regulierung weiterhin für notwendig. Die anfänglichen Regulationsmaßnahmen waren kostenbasiert, wurden in der Folge aber durch Price-Cap-Regulierungen abgelöst, um ein künstliches Aufblähen von Kosten wirkungslos werden zu lassen.<sup>3</sup> In der aktuellen Diskussion zeigen sich allerdings auch die Schattenseiten dieser Vorgehensweise. So wird nicht selten von Seiten der Stromversorger betont, dass die Verschlechterung der Planungssicherheit zu einem Rückgang der Investitionen im Kraftwerks- und Netzausbau geführt hat. Wie der/die versierte Leser/in bereits ahnt, ist dies allerdings nur die halbe Wahrheit, da beispielsweise die Investitionen in Kraftwerkspark in den letzten 20 Jahren europaweit rückläufig sind (siehe Kjærstad/Johnsson 2007: 3647) und Verzögerungen beim Ausbau der Netze häufig von regionalen respektive lokalen Widerständen von privater Seite verursacht werden (Stichwort: 380KV-Leitung in der Südoststeiermark). Weiters



zeigt sich, dass die Erfordernis des Netzausbaus auch dadurch entstehen kann, dass der Stromhandel anwächst und folglich größere Mengen von Elektrizität über das bestehende Netz geliefert werden. Hier zeigt sich, dass die Ziele, wie sie in den für den Strommarkt grundlegenden EU-Richtlinien 96/92/EG und 2003/54/EG zur Errichtung eines internen Strommarktes sowie Vertiefung des Liberalisierungsgedanken formuliert sind, trotz des seit 1. Juli 2007 offiziell vollständig liberalisierten Strommarktes bei weitem nicht erfüllt sind. Die EU-Generaldirektion Wettbewerb hat in ihrer Sektorenanalyse sowohl die weiterhin hohe Marktkonzentration und die starken vertikalen Verflechtungen als auch die teilweise dürftige grenzüberschreitende Integration der Netze sowie die mangelnde Transparenz an manchen Strombörsen kritisiert (vgl. EU Kommission 2007). Besonders auffällig – aber aus ökonomischer Sicht wenig verwunderlich – ist der Umstand, dass die Märkte jener Länder, die groß sind und einen dominanten Stromproduzenten besitzen, tendenziell als abgeschottet betrachtet werden können (vgl. Haas et al. 2007: 16). Im Gegenzug könnten beispielsweise die Marktanteile von monopolistischen Energieversorger mit tendenziell kostspieligeren Kraftwerken und kaum Überkapazitäten von günstigeren Anbietern aus dem Ausland streitig gemacht werden (siehe Green 2006: 2533-2536). In Anbetracht dessen könnte man/frau natürlich geneigt sein, erst recht einen Ausbau dieser Übertragungsnetze zu forcieren. Allerdings wird dabei der Umstand übersehen, dass für die Herausbildung eines Marktpreises die Struktur der Kraftwerksparks nicht unerheblich ist und in der Regel zu Hauptlastzeiten die kostspieligsten Kraftwerke den Strompreis bestimmen. Dadurch erscheint sogar eine bloße Annäherung an den lehrbuchgemäßen Wettbewerbspreis, wie sie durch die Vorschläge der EU Kommission im Rahmen des 3. Elektrizitäts- und Gasmarktpakets (KOM (2007) 530, KOM (2007) 0528 und KOM (2007) 0531) angestrebt wird, unwahrscheinlich.

### Wohin wird die Reise gehen?

Kurz- bis mittelfristig wird sich trotz der sich anbahnenden rechtlichen Erneuerungen auf europäischer Ebene nur bedingt etwas ändern. Selbst im Falle der Entflechtung von Produktion

und Vertrieb ist wohl, nicht zuletzt aufgrund des politischen Drucks von Deutschland und Frankreich aber auch Österreich, davon auszugehen, dass sich in der Praxis nicht das radikale Modell eines gänzlichen Ownership Unbundling durchsetzen wird, sondern lediglich ein Kompromiss in Gestalt (vom Produzenten) „unabhängiger“ Netzbetreiber.

Speziell der sequenzielle Ausstieg Deutschlands aus der Energiegewinnung durch Kernkraft wird zwangsläufig eine spürbare Veränderung der Stromerzeugung mit sich bringen. Einerseits werden erneuerbare Energieformen wie Windkraft stark gefördert und ausgebaut. Andererseits benötigen diese wiederum einen technisch bedingten Ausgleich durch konventionelle Grundlastkraftwerke. Diese Veränderungen in der Produktionsweise werden die Notwendigkeit zum Netzausbau noch weiter erhöhen.

Akos Kaszoni studiert Volkswirtschaft an der WU

---

#### FUSSNOTEN:

- 1) Es wäre allerdings eine relativ verkürzte Darstellung, wenn man die Periode nach dem 2. Weltkrieg zu allgemein und vereinfachend betrachtet. Diese Zeit war geprägt von der staatlich geförderten Notwendigkeit zum Aufbau von leistungsfähigen und kapitalintensiven Netzen und Kraftwerkskapazitäten um den Wiederaufbau der industriellen Strukturen zu fördern.
- 2) In dieser Hinsicht bilden Pumpspeicherkraftwerke eine Ausnahme, da mittels dieser Kraftwerkstypen ungenutzter Grundlaststrom in Form von Wasser gespeichert werden kann.
- 3) Dieser Faktor darf in einem Sektor, der stark von „sunk costs“ getrieben ist, nicht unterschätzt werden.

#### Literatur:

- Lise, W., Timpe, C., Jansen, J.C. und ten Donkelaar, M. (2007): Tracking electricity generation attributes in Europe. In: Energy Policy 35: 5855-5864.
- Newbery, D.M. (2001): Privatization, Restructuring, and Regulation of Network Utilities. Cambridge, MA.: MIT Press.
- Beesley, M.E. und Littlechild, S.C. (1989): The Regulation of Privatized Monopolies in the United Kingdom. In: The RAND Journal of Economics, 20 (3): 454-472.
- Europäische Kommission (2005): Commission Staff Working Document. Technical Annex to the Report from the Commission to the Council and the European Parliament. SEC (2005) 1448.
- Europäische Kommission (2007): DG Competition Report on Energy Sector Inquiry, SEC (2006) 1724.
- Green, R. (2006): Electricity liberalisation in Europe – how competitive will it be? In: Energy Policy 34: 2532-2541.
- Haas, R., Auer, H., Faber, T. und Wagner, E. (2007): The relevance of cross-border transmission capacities for competition in the continental European electricity market. In: International Journal of Global Energy Issues (forthcoming).
- Haberfellner, M. (2002): Liberalisierung und Regulierung des österreichischen Strommarktes. In: E-Control Working Paper, Nr. 1.
- Haber, A. und Rodgarkia-Dara, A. (2005): Qualitätsregulierung – Theorie und internationale Erfahrungen. In: E-Control Working Paper, Nr. 16.
- Kjärstad, J. und Johnsson, F. (2007): The European power plant infrastructure – Presentation of the Chalmers energy infrastructure database with applications. In: Energy Policy 35: 3643-3664.

# Türkei: Das Epizentrum der Gegenwartsdiskussionen

Über die Türkei entladen sich seit einiger Zeit die Konflikte der kulturellen, politischen und militärischen Fronten der Gegenwart. Unter diesen Rahmenbedingungen expandiert der Kreis der Einflussfaktoren auf die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union und so erscheint es notwendig, eine sachliche Einführung in die Entwicklung dieser Beziehungen als ein robustes Fundament für eine weiterführende komplexere Diskussion zu liefern.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union tangieren heutzutage viele brisante Kapitel der intellektuellen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit der sich etablierenden neuen Weltordnung, sodass es bei der Diskussion kaum mehr um den eigentlichen formellen Inhalt dieser Beziehungen geht, sondern immer mehr um Symbole. Angefangen bei den Machtspielen der USA, des Irans, Israels, und natürlich auch der EU, bis hin zur Rolle des Islam in einer modernen Gesellschaftsordnung, zu den Folgewirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung und den Grenzen gesellschaftlicher Koexistenz verschiedener Kulturen: Die Türkei ist und bleibt eine relevante Akteurin, der es gilt, Aufmerksamkeit zu schenken.

## Türkei und EU: Eine lange Geschichte

Bei Beziehungen zwischen der Türkei und der EU beginnen im Jahre 1963 mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens in Ankara. Die junge moderne türkische Republik ist zu diesem Zeitpunkt schon als frühes NATO-Mitglied (ab 1952) und als großer Arbeitskräftelieferant ein wichtiger politischer und wirtschaftlicher Partner Westeuropas. Wie alle südeuropäischen Länder durchläuft sie in einer wirtschaftlich turbulenten Zeit einen qualvollen Demokratisierungsprozess, der ebenfalls wie in fast allen südeuropäischen Ländern des Öfteren mit militärischen Interventionen unterbrochen wird. In diesen Kontext fällt die ideologisch bedingte Entscheidung der damaligen Regierung unter Premierminister Bülent Ecevit keinen Mitgliedschaftsantrag an die EU zu stellen, während

parallel dazu Griechenland, das sich damals noch in einer ähnlichen politischen und wirtschaftlichen Konstellation befindet, mit den Mitgliedschaftsverhandlungen zügig voranschreitet (Assoziierungsvertrag 1962, Beitritt 1981).

## Die neoliberale Wende

Im Jahre 1979 erfolgt die entscheidende wirtschaftspolitische Wende in der Türkei, bei der sich die Regierung von einer bis dahin misslungenen Importsubstitutionspolitik hin zu einer (neo-)liberalen Exportorientierung entscheidet. Im Jahre 1980 folgt ein Militärputsch, der bis auf die vorhergehende wirtschaftspolitische Richtungswahl nichts unangetastet lässt. Diese militärische Machtübernahme, entfaltet immense gesellschaftliche Auswirkungen und verändert das politische Leben im Lande bis zur Unkenntlichkeit. Im Fahrwasser dieser Entwicklungen gelingt es der Regierung Özal die wirtschaftliche Öffnung des Landes voranzutreiben und einen Mitgliedschaftsantrag an die EU zu stellen (1987). Dieser Antrag wird abgelehnt, was den Hauptimpuls für die weiteren Bemühungen des Landes um die Annäherung an die EU gibt. Im Jahre 1996 etabliert die Türkei eine Zollunion mit der EU, was zumindest die langfristige wirtschaftliche Integration ermöglichen soll. 1999 wird der Türkei der Status des Beitrittskandidaten verliehen. Die politischen Kriterien zum Verhandlungsbeginn scheinen jedoch aus Sicht der EU noch nicht gegeben zu sein. Eine Wirtschaftskrise und ein Regierungswechsel später fällt nach schwierigen Verhandlungsrunden mit Österreich der Startschuss zu den Beitrittsverhandlungen (2005).

## Das Ende des bürokratischen Automatismus

Die Euphorie über den Verhandlungsbeginn verflüchtigt sich jedoch sehr rasch. Bei der ansonsten fast rein bürokratisch-rechtlichen Behandlung der einzelnen Verhandlungskapitel beginnen Mitgliedstaaten, allen voran Zypern und Frankreich, weitere politische Bedingungen zu stellen, die den Verhandlungsprozess sichtlich einbremsen. Der Automatismus der früheren Verhandlungen mit Beitrittskandidaten scheint heute auf Grund Türkei-relevanter innen- (Islamophobie, Rechtspopulismus, Demokratiedefizite der EU etc.) und ausenpolitischer (Grenzen der EU, Aufnahmefähigkeit etc.) Konstellationen in der EU in dieser Form nicht mehr gegeben zu sein. Dem Quasi-Stillstand der Verhandlungen folgt die Entscheidung der EU, die Bedingungen für die Eröffnung weiterer Verhandlungskapitel bis zum Jahresende nochmals zu überprüfen.





## Die Verhandlungshürden

Abgesehen von den Bereichen, wie der rechtlichen Gleichbehandlung Angehöriger verschiedener Religionsgruppen und der Meinungsfreiheit - bei denen es gilt die Resultate des Verfassungsreformprozesses abzuwarten - steht derzeit der Verhandlungsfortführung primär der Zypernkonflikt im Weg. Dabei geht es im rein diplomatisch-rechtlichen Sinne um den freien Zugang zu den türkischen Flug- und Seehäfen für griechisch-zypriotische Handelstreibende gemäß der Erweiterung der Zollunion um die 12 neuen Mitgliedsländer. Die Türkei weigert sich auf Grund fehlender Umsetzung der Versprechen seitens der EU, die wirtschaftliche Isolierung des türkisch-zypriotischen Teils der Insel zu beseitigen, diesen Zugang zu gewähren. Das angesprochene Versprechen der EU folgte dem Referendum, bei dem die griechischen Zyprioten mehrheitlich gegen und die türkischen Zyprioten für den Lösungsvorschlag des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan zur Vereinigung der Insel gestimmt hatten. Zypern hingegen weigert sich der Eröffnung neuer Verhandlungskapitel zuzustimmen, bevor ihnen nicht der Zugang zum türkischen Markt gewährt, bzw. das Land als solches anerkannt wird. Da für die Eröffnung der Verhandlungskapitel Einstimmigkeit im Rat erforderlich ist, bleibt die sture Haltung der Türkei und Zyperns sowie die Scheinneutralität bzw. Unentschlossenheit der EU bei diesem Thema der elementare Grund für den vorläufigen Stillstand der Verhandlungen.

Seit dem es wegen den oben erläuterten Gründen zum Quasi-Stillstand der Verhandlungen gekommen ist, sind der Türkei außerdem viele ihrer politischen UnterstützerInnen innerhalb Europas abhanden gekommen. Viele BefürworterInnen eines Türkeibeitritts, allen voran Silvio Berlusconi, Gerhard Schröder und Toni Blair haben ihre Ämter an teilweise sehr Türkei-kritische PolitikerInnen übergeben. Heute führt der französische Präsident Nicolas Sarkozy die Front gegen die Türkei an, während Angela Merkel einen seriösen staatstragenden (die Versprechungen der rot-grünen Regierung werden weiterhin eingehalten) jedoch ähnlich kritischen Kurs zu fahren scheint. In dieser Konstellation könnte es der Türkei ohne starke politische Unterstützung schwer fallen, diplomatische Krisen mit der EU ohne Schäden zu überstehen.

## Ausblick

Zum jetzigen Zeitpunkt ist der weitere kurzfristige Verlauf der Verhandlungen zwischen der Türkei und der EU äußerst schwierig zu prognostizieren. Solange niemand an seiner/ihrer derzeitigen diplomatischen Haltung etwas verändert, wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach der Status Quo weiter fortsetzen. Veränderungspotenziale scheinen auf beide Seiten ungleichmäßig verteilt zu sein. Die türkische Regierung, die ihre innenpolitische Macht während den Turbulenzen der letzten sechs Monate sicherlich festigen konnte, wäre prinzipiell bereit ihre Haltung zu überdenken. Sie beharrt jedoch auf der Reziprozität solcher Schritte. Insgesamt ist aber von ihrer Seite nicht viel Neues zu erwarten, da sie sich in der derzeit laufenden Verfassungsreformphase und den militärischen Auseinandersetzungen im Nordirak als staatstragende konservative Volkspartei zu etablieren versucht und schon unabhängig



Ehemaliger Premierminister Bülent Ecevit (rechts) im Interview mit dem damaligen Journalisten und späteren Außenminister Ismail Cem (links) zum Zeitpunkt seiner Entscheidung keinen Beitrittsantrag zu stellen.

von der EU die Umsetzung des *Acquis Communautaire* angekündigt hat, falls die EU nicht zuvorkommend agieren sollte. Innerhalb der EU kommt es hingegen primär auf die Haltung Frankreichs an. Hierbei werden sich Sarkozys Ambitionen zur Teilnahme am militärischen Arm der NATO, wofür die Zustimmung der Türkei notwendig wäre; der Druck der französischen Kriegsindustrie, die derzeit von der Teilnahme an türkischen Vergabeverfahren ausgeschlossen ist und natürlich die allgemeine Entwicklung der Alternativen zur abgelehnten EU Verfassung als maßgebliche Einflussfaktoren bemerkbar machen.

Bert Azizoglu studiert Volkswirtschaft und Wirtschaft und Recht an der WU

## Literatur:

- Atac, Ilker. 2005. Turkey's Accession to the European Union: A Political Economy Approach in the Light of Previous Enlargements. Peter Ullrich/Thomas Kachel (Hrsg.) Europa-Transnationale Normierung und nationales Beharren, Berlin.
- Atac, Ilker. 2005. Herausgeber des Debattenforums "Das Verhältnis von EU und Türkei" mit einer Einleitung „Aufeinanderprallende Diskurse: Der türkische EU-Beitritt und die besondere europäische Frage“ in: Kurswechsel, Heft 1/2005, Wien (mit Ulas Sener)
- Becker, Joachim. 2005. Die EU und die Türkei: Debatten, Interessen, Perspektiven. Beigewum, Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, Wien, 12.01.2005
- Becker, Joachim. 2005. Enquete: Beziehungen EU-Türkei. Kurswechsel, 1, 98-100
- Belgin, Tayfun. 2006. Türkei: Ein Land auf der Suche nach der Gegenwart. Edition Steinbauer, Wien
- Claus Leggewie (Hrsg.) 2004. Die Türkei und Europa. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main
- Europäische Kommission. Erweiterung Türkei. [http://ec.europa.eu/enlargement/turkey/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/turkey/index_de.htm)
- European Stability Initiative (ESI). 2005. Islamic Calvinists: Change and Conservatism in Central Anatolia. 19 September 2005. [http://www.esiweb.org/index.php?lang=de&id=156&document\\_ID=71](http://www.esiweb.org/index.php?lang=de&id=156&document_ID=71)
- Onaran, Özlem. 2006. Speculation-led growth and fragility in Turkey: Does EU make a difference or "can it happen again"? published in European Economic Policies - Alternatives to Orthodox Analysis and Policy Concepts, ed. Hein, Heise, Truger, Metropolis, Marburg.
- Rat der Europäischen Union. Nachrichten zur EU-Erweiterung. <http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=872&lang=de&mode=g>
- Zehra F. Kabasakal (Hrsg.). 2007. Human Rights in Turkey. Pennsylvania Press

# Heikles Terrain

## Einkommensverteilung und die Probleme der neoklassischen Kapitaltheorie

Einkommensverteilung ist wieder ein Thema. Jahrzehntelang haben ÖkonomInnen sich in erster Linie um Wachstum gekümmert, nun hat die Verteilungsproblematik die Agenden der Forschung zurückerobert. Stagnierende Reallöhne bei steigenden Profitraten, ein schwieriges Feld für die Advokaten der neoklassischen Theorie...

Im Vertrauen, dass vom Produktivitätswachstum alle gleichermaßen profitieren – „a rising tide lifts all boats“, wie Paul A. Samuelson es auszudrücken pflegt – hat die Ökonomie sich lange Zeit darauf konzentriert, wie eine Volkswirtschaft effizienter und damit reicher wird. Neuerdings jedoch dünkt der ÖkonomInnenzunft, was ArbeitnehmerInnen schon lange beklagen: Die Flut hebt nur wenige Schiffe.

Offensichtlich sitzen nicht alle im selben Boot. Seit etwa zwei Jahrzehnten nimmt der Anteil der Lohnabhängigen am Volkseinkommen ab (Guger/Marterbauer 2004), während jener der KapitalbesitzerInnen steigt. Mit der Flut steigen die Gewinne, nicht aber die Löhne. Eine Kluft tut sich auf, wo die neoklassische Theorie sie abschaffen wollte: zwischen jenen ‚Wirtschaftssubjekten‘, die ihr Einkommen aus der Bereitstellung des Produktionsfaktors Kapital beziehen, und jenen, die ihre Arbeitskraft am Markt anbieten.

Wie ist diese Entwicklung zu erklären? In den Kategorien der Mainstream-Ökonomie eigentlich gar nicht, sofern man/frau nicht an den Grundfesten der Theorie rütteln möchte. Deshalb empfiehlt es sich für Advokaten der Neoklassik, von dem Thema Abstand zu halten. Also bitte nicht wundern, wenn die offizielle Lehrmeinung schweigt. Seit Jahrzehnten verlässt sie sich darauf, dass die Aufteilung des Gesamteinkommens auf Löhne und Profite in etwa konstant bleibt, und möchte mit gutem Grund davon nicht abkommen.

### Kapitalkritik und die Cambridge Kontroverse

Im Jahr 1953 hat Joan Robinson wieder aufgegriffen, was Knut Wicksell bereits 50 Jahre zuvor Kopfzerbrechen bereitet hatte: Dass die neoklassische Grenzproduktivitätstheorie auf der Makroebene logisch inkonsistent ist.

Die Mainstream-Ökonomie operiert in der Verteilungsfrage mit Grenzproduktivitäten. Jeder Produktionsfaktor wird entsprechend seines marginalen Beitrags zum Endprodukt entlohnt. Der Lohn des/der Arbeiter/in entspricht demnach dem Grenzprodukt des Faktors Arbeit, der Kapitalprofit oder Zinssatz dem Grenzprodukt des Faktors Kapital. Der Widerspruch tut sich auf, sobald man/frau die mikroökonomische Ebene verlässt und sich in der Welt der Aggregate bewegt. Im Unterschied zu Arbeit oder Boden, die in Stunden bzw. Hektar gemessen werden können, lässt sich nämlich Kapital nicht als physische Größe messen<sup>1</sup>, sondern nur als Wertgröße. Der Wert eines Kapitalgutes ändert sich jedoch, sobald sich die Lohn- oder Zinssätze ändern, aber diese sollten doch ihrerseits

gerade durch den Kapitalstock erklärt werden. Unüberwindbare Anomalien treten auf; die Bestimmung des Lohn- bzw. Zinssatzes unterliegt einem Zirkelschluss. Die Grenzproduktivitätstheorie kann keine vernünftigen Aussagen über die Faktoreinkommensverteilung treffen.

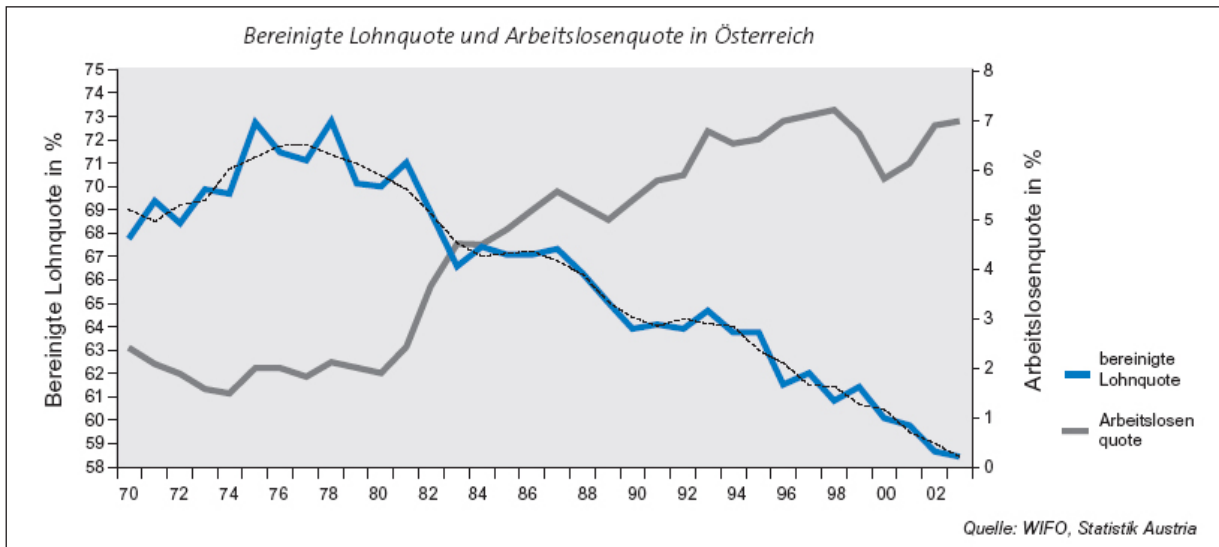
### “Scholars are not born to live an easy existence”

In den sechziger und siebziger Jahren hat dieses Problem zu heftigen Diskussionen zwischen den Universitäten Cambridge U.K. und Cambridge/Massachusetts in den U.S.A. geführt. Die Opponenten der englischen ÖkonomInnen um Joan Robinson waren insbesondere Paul A. Samuelson und sein Schüler Robert Solow. Sie verstanden sich als Verteidiger der Neoklassik und versuchten in der Folge, die neoklassischen Modelle so zu verändern, dass sie dem grundsätzlichen Einwand entgehen. Jedoch mussten sie eingestehen, dass die von Joan Robinson und Piero Sraffa vorgetragene Kritik berechtigt ist. Auf der analytischen Ebene gab sich Cambridge/Massachusetts geschlagen. „If all this causes headaches for those nostalgic for the old time parables of neoclassical writing, we must remind ourselves that scholars are not born to live an easy existence. We must respect, and appraise, the facts of life.“ (Samuelson 1966: 583)

Nicht jedoch auf der ideologischen. Hier standen die Weichen eindeutig pro Neoklassik. Die Zeit um 1980 war wohl die denkbar ungünstigste, um die Vorherrschaft der orthodoxen Theorie ernsthaft in Frage zu stellen. Ökonomische Theoriebildung folgt sehr oft der politischen Realität, und diese war gerade dabei, die Weichen für die freie Entfaltung der Marktkräfte zu stellen. Da konnte man/frau Kritik an jener Theorie, die hierfür die ideologische Hilfestellung bot, nicht gebrauchen. Zudem war Einkommensverteilung dank zwei Jahrzehnten keynesianisch geprägter nachfrageorientierter Politik noch kein Thema. Es waren also weniger logische oder mathematische, sondern politische Gründe, welche die Kapitalkritik in den frühen achtziger Jahren wieder verstummen ließen.

### “Let others do politics, as long as I write the economics textbooks.”

Mittlerweile hat Paul Samuelson den Paragraph über die Cambridge-Kontroverse aus dem wohl meistgelesenen Lehrbuch wieder entfernt und das unglückliche Paar Arbeit und Kapital durch Arbeit und Land ersetzt – obwohl die Neoklassik ansonsten nur mit unlimitierten Faktoren<sup>2</sup> operiert. Was von der Cambridge-Kontroverse bleibt, ist ein verblüffendes Desinter-



esse für die Faktoreinkommensverteilung. Die wirtschaftswissenschaftliche Lehre erschöpft sich in der unkritischen Behauptung, dass der Lohnanteil am Volkseinkommen in etwa stabil bleibt, und die Verfügbarkeit statistischen Materials zur Überprüfung derselben wird zunehmend schlechter.

Während aggregierte Produktionsfunktionen in den 1960er und 1970er Jahren sparsam verwendet wurden, ist deren Gebrauch spätestens seit den 1990er Jahren wieder völlig opportun. Und als Einkommensverteilung zum politischen Thema wurde, antwortete die Mainstream-Ökonomie mit einer Unzahl an mikroökonomisch fundierten Studien, die uns glauben lassen, die Konzentration von Einkommen und Vermögen wäre in erster Linie auf eine Umverteilung innerhalb der Lohnabhängigen zurückzuführen. Kontrovers ist allenfalls, ob dies an der höheren Grenzproduktivität der Manager oder dem größeren Angebot an ungelernten Arbeitskräften liegt.

### Stabil oder instabil?

Obwohl die These von der Stabilität des Lohnanteils sowohl statistisch wie theoretisch keineswegs erwiesen ist (Rothschild 1966), ist ihr Platz in der neoklassischen Theorie zentral. Das Spiegelbild der scheinbaren ‚Gerechtigkeit‘ der konkurrenzbestimmten Löhne ist die neoklassische Beschäftigungstheorie, die seit der Aufgabe der keynesianisch-nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik wieder fröhlich Urständ feiert: KapitalbesitzerInnen fragen solange Arbeitskräfte nach, bis der Lohn pro Arbeiter/in dem Grenzprodukt des/r letzten Arbeiters/in entspricht. Korrelat: Mit sinkendem Lohnsatz steigt die Nachfrage nach Arbeit.

Dass die ökonomische Wirklichkeit zumindest in Österreich anders aussieht, präsentiert uns das WIFO: die Beschäftigung steigt trotz sinkender Lohnquote nur unwesentlich. Die

neoklassische Theorie jedoch zeigt sich davon weitgehend unbeeindruckt. Wenn Realität und Mainstream-Ökonomie konfliktieren, wird eher die Realität verleugnet als die Theorie hinterfragt.

Karin Fischer studiert Volkswirtschaft an der WU und Politikwissenschaft an der Uni Wien

### FUSSNOTEN:

- 1) Es gibt kein einheitliches Maß für den Kapitalstock einer Volkswirtschaft, der eine Vielzahl unterschiedlicher Formen annehmen kann, angefangen von Papier bis zu Traktoren. Die einzige Referenzgröße ist daher der Wert des Kapitals. Dieser jedoch ist abhängig vom heutigen und vom abdiskontierten zukünftigen Profit.
- 2) Unlimitierte Faktoren sind Kapital und Arbeit, nicht aber Land.

### Literatur:

- Büttner, Hans-Peter (2006): Die Probleme der neoklassischen Kapitaltheorie. Trend Onlinezeitung 10/06.
- Galbraith, James K. (1998): The Distribution of Income. UTIP Working Paper Number 2, University of Texas at Austin.
- Guger, Alois und Markus Marterbauer (2004): Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich. WIFO, Wien.
- King, John E. (2006): Heterodox Macroeconomics: What, exactly, are we against? Paper presented at the 9th International Post Keynesian Conference, University of Missouri, Kansas City, September 15-17, 2006.
- Robinson, Joan (1953-54): The Production Function and the Theory of Capital. The Review of Economic Studies, Vol. 21, No. 2, pp 81-106.
- Rothschild, Kurt (1966): Marktform, Löhne, Außenhandel. Beiträge zur Wirtschaftstheorie und zur Wirtschaftspolitik. Europa Verlag Wien.
- Samuelson, Paul A. (1966): A Summing Up. Quarterly Journal of Economics, Vol. 80, pp 568-583.



## Die Zukunft des Finanzmarktkapitalismus – Strukturen, Widersprüche und Alternativen.

Joachim Bischoff, VSA, Hamburg, 2007

Wer in diesen Tagen eine – reale oder virtuelle – Buchhandlung aufsucht, um sich dort aus gegebenem Anlass mit möglichst aktuellem Hintergrundwissen zu Kapitalmarktkrisen einzudecken, wird eine nicht allzu große Auswahl vorfinden (es sei denn, frau möchte wissen, wie sie ihr Aktienportfolio am sinnvollsten gestalten sollte und in welche Fonds sie im Moment am besten investiert). Vielleicht stößt die Suchende auch auf „Die Zukunft des Finanzmarktkapitalismus“ von Joachim Bischoff und lässt sich vom Untertitel „Strukturen, Widersprüche, Alternativen“ überzeugen. Allerdings wird sie recht schnell enttäuscht sein.

Der Autor entwickelt auf knapp 250 Seiten seine zentrale These, dass sich das kapitalistische System seit dem Ende der Bretton-Woods-Ära in einer Umbruchphase befindet. Er spricht von einem „vermögensgetriebenen Akkumulationsprozess“, in dem sich wirtschaftliches Handeln nur mehr am Shareholder-Value orientiert, und sieht als dessen Auswirkungen eine Verschärfung sozialer Konflikte und eine zunehmend ungleiche Vermögensverteilung. Außerdem führt er aus, dass diese Form des Kapitalismus zunehmend zu einer Kapitalüberakkumulation, zu vermehrten Finanzkrisen und einem Rückgang von Innovationen und Realinvestitionen führt.

Diese Aussagen erklärt Joachim Bischoff aus einem marxistischen Blickwinkel und untermauert sie mit zahlreichen Zitaten (selbstverständlich auch von Karl Marx und seinen Schülern), was grundsätzlich nicht unbedingt zu kritisieren wäre, aber umso mehr frau liest, umso mehr entsteht der Eindruck, sich bloß durch ein Sammelsurium an Zitaten zu arbeiten, die der Autor mit einigen wenigen eigenen Gedanken miteinander verbunden hat. Gleichzeitig erfährt frau recht wenig über Strukturen und Widersprüche, wie es der Untertitel verspricht.

Auch das Kapitel über die Alternativen fällt etwas dürrtig aus. Bischoff fordert eine Demokratisierung der Wirtschaftsordnung, eine stärkere nationalstaatliche Umverteilungspolitik und eine Kontrolle der Finanzmärkte auf internationaler Ebene. Konkrete Umsetzungsvorschläge bringt er allerdings nicht vor, seine Vorstellungen bleiben zu vage. Wer also mehr über die Funktionsweise von Finanzmärkten und die Hintergründe von Finanzkrisen wissen möchte, ist mit diesem Buch sicherlich nicht gut beraten.

Nadine Schmid-Greifeneder studiert Volkswirtschaft an der WU und Politikwissenschaft an der Uni Wien



## Die Scheuklappen der Wirtschaftswissenschaft. Postautistische Ökonomik für eine pluralistische Wirtschaftslehre

Dürmeier, Thomas/Egan-Krieger, Tanja v./Peukert, Helge [Hg.]  
Metropolis, Marburg, 2006

Noch gut erinnere ich mich an meine ersten VW-Vorlesungseinheiten. Gespannt erwartete ich die Ausführungen des Vortragenden und spitzte nur so darauf, endlich in die wissenschaftliche Debatte systematischen Einblick zu erlangen. Was denn etwa positiv gesehen die Sphäre der Ökonomie sei bzw. diese normativ verfolgen sollte, welche verschiedenen Paradigmen in welcher Art und Weise an den Gegenstand herantreten und diesen zu erfassen versuchen. Und schließlich welche Fragestellungen aus welchen Gründen aufgeworfen werden und welche ausgeblendet bleiben. Das war für mich von Interesse. Zurückblickend steht einzig fest, meine Erwartungen wurden mehr als enttäuscht. Denn schon nach wenigen Minuten drehte sich alles nur mehr um abstraktestes Formeldenken und Modellkurven – und das ist es heute großteils noch immer so.

Wie sich später herausstellen sollte, ging es vielen Generationen von VW-Studierenden vor mir schon ähnlich. Einige davon an der Pariser Universität Sorbonne taten im Jahr 2000 ihre Unzufriedenheit mit der herrschenden „autistischen“ Lehre kund und verlangten eine Umgestaltung ebendieser, ohne zu ahnen, welche Resonanz sie damit über die französischen Grenzen hinaus

erlangen würden. Die „Postautistische Bewegung“ für eine plurale Ökonomik in Lehre und Wissenschaft war geboren. Der vorliegende Sammelband, der erste seiner Art im deutschsprachigen Raum, entstand mit dem Ziel, eine breitere Debatte über die gegenwärtige ökonomische Lehre und Wissenschaft anzuregen und potentielle Alternativen dazu aufzuzeigen. Im einführenden Teil werden die Entstehung der „Postautistischen Bewegung“ historisch skizziert und ihre Kritikpunkte an der Mainstream-Ökonomik wiedergegeben. Folgend wird gezeigt, welche Auswirkungen die Bewegung bisher im deutschen Sprachraum zeitigte.

Der zweite Teil besteht aus mehreren sehr heterogenen Beiträgen deutscher WissenschaftlerInnen über die Grenzen, der und Alternativen zur Orthodoxie. So kommt es etwa vor, dass ein Mathematikprofessor den Missbrauch seiner Werkzeuge beklagt und sich genötigt sieht, von Scharlatanerie zu sprechen. Andere stellen ihre heterodoxen Zugänge, wie etwa die kulturelle oder die evolutorische Ökonomik als Alternative zur Disposition oder argumentieren dahingehend, dass der Einbezug heterodoxer Zugänge in die Lehre für den zukünftigen beruflichen Werdegang der Studierenden von großem Nutzen sein könne. Die letzten beiden Blöcke setzen sich aus deutschen Übersetzungen internationaler Dokumente und Artikeln der „Postautistischen Bewegung“, entnommen aus deren Zentralorgan, der „post-autistic economics review“, zusammen. So finden sich etwa die ersten Protestschreiben von Studierenden verschiedener Universitäten oder Solidaritätsbekundungen von Lehrenden. Auch wird der Frage nachgegangen, wie es denn zu diesem Zustand kommen konnte, ob es denn überhaupt irgendwas behaltenwertes an der Neoklassik gäbe und inwieweit der Begriff der Postautistik treffend ist bzw. seine Grenzen hat. Resümierend bleibt die Erkenntnis, dass die Bewegung äußerst heterogen ist und die unterschiedlichsten Stränge sich unter dem Dach der „Postautistischen Ökonomik“ versammeln. Der Sammelband versucht mit seinen insgesamt 31 Beiträgen dieser Breite gerecht zu werden.

Der Rezensent studiert Volkswirtschaft an der WU



## Machtwahn. Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet

Albrecht Müller, Knauer, München, 2006

Reformstau, demographische Falle, Lohnnebenkostensenkung, Standortwettbewerb – das sind nur ein paar Schlagworte die immer wieder in Medien und PolitikerInnenreden auftauchen um Einschnitte in den Sozialstaat und Privatisierungen zu rechtfertigen. Es scheint, als gebe es keine Alternativen zu privater Pensionsvorsorge, flexibleren Arbeitsverhältnissen und einem generellen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft. Doch woher kommt diese mangelnde Bereitschaft auch alternative Konzepte zu verfolgen und über einen anderen als den neoliberalen Diskurs zu sprechen?

„Der Fisch stinkt vom Kopf her“ schreibt Albrecht Müller in seinem Buch „Machtwahn“ mit dem interessanten Untertitel „Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet“. Für den studierten Nationalökonom Müller ist nämlich klar: die ständig propagierte Schwäche des Sozialstaates ist keine Tatsache, sondern eine bewusst herbeigeredete Manipulation von einem Netzwerk deren willfährige UnterstützerInnen die höchsten Köpfe in der Politik sind. Auf 368 Seiten beschreibt er zunächst wie PolitikerInnen, die eigentlich JuristInnen, PolitologInnen oder RomanistInnen sind, ihr mangelndes Verständnis von wirtschaftlichen Zusammenhängen dadurch kompensieren, indem sie nachplappern, was ihnen Think Tanks mit eindeutigen Interessenslagen vorschreiben. „Unabhängige“ Unternehmen und ProfessorInnen werden beauftragt Analysen zu Sozialstaat, Pensionssystem und ähnlichem zu verfassen, während diese gleichzeitig gut bezahlte Verträge mit privaten Pensionsversicherungsgesellschaften haben. Wie die Forschungsergebnisse von derartigen Personen und Gruppierungen aussehen ist nicht schwer vorher zu sehen. Schließlich beschreibt Albrecht Müller das mediale Netzwerk von neoliberalen Gruppierungen, die mittels allgegenwärtiger Präsenz ihrer Werte der Bevölkerung eintrichtern.

Obwohl Müller nur stellenweise ökonomische Zahlen und Fakten in sein Buch einfließen lässt, ist „Machtwahn“ auch für ÖkonomInnen sehr zu empfehlen, da es Machtzusammenhänge aufzeigt, die ansonsten eher im Verborgenen schlummern. Dabei zeigt er, dass es mit der so genannten „Wertfreiheit“ in der Ökonomie nicht weit her ist. Gleichzeitig bietet es einen kleinen Einblick in die deutsche Politik- und Medienlandschaft der letzten Jahre in der Schröders schneller Wechsel vom Bundeskanzleramt zu Gazprom kein Einzelfall ist. Es stellt sich schließlich die Frage: Wie sehr ist unsere Demokratie bereits von Manipulationen durch handfeste Finanzinteressen bedroht und ausgehöhlt? Wer sich also schon mal fragte, was die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ mit McKinsey und der „Du bist Deutschland“-Kampagne gemeinsam haben und welche Interessen dahinter stehen, der/dem sei diese Buch wärmstens empfohlen.

Thomas Moldaschl studiert Volkswirtschaft an der WU und Politikwissenschaft an der Uni Wien





## Interview mit Prof.<sup>in</sup> Ingrid Kubin

**„Für mich waren insbesondere die Anpassungsprozesse zum Gleichgewicht sehr interessant“**

Ingrid Kubin ist Professorin am Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung, Studienprogrammleiterin für das Diplomstudium VW und Koordinatorin des Studienzweigs Bakk VW/Sozioökonomie. Das Interview führten Christopher Berka und Thomas Kaiser.

### **Wo und wann haben Sie studiert?**

Meine universitäre Laufbahn begann in Linz, wo ich von 1976–1981 Volkswirtschaft und Rechtswissenschaften studierte.

### **Wie sind Sie als Lehrende an die WU gekommen?**

Nach dem Abschluss der beiden Studiengänge verschlug es mich nach Graz, wo ich eine Stelle als wissenschaftliche Assistentin annahm; an dieser Universität promovierte ich in Volkswirtschaft und habe ich mich auch habilitiert. 1993 ging ich nach Mainz, wo ich als Professorin für theoretische Volkswirtschaftslehre tätig war. Im Jahr 2002 wechselte ich schließlich an die WU, nicht zu letzt auch aus privaten Gründen.

### **Wann haben Sie realisiert, dass Sie in Forschung und Lehre tätig werden möchten?**

Schon als Studentin war für mich sehr bald klar, dass ich mich in meinem Hauptstudium, der VWL, weiterentwickeln wollte. Deshalb war es für mich wichtig an der Universität zu bleiben. Ein Gang in die Privatwirtschaft war nie wirklich ein Thema. Ich spielte höchstens einmal mit dem Gedanken Rechtsanwältin zu werden. Nach Abschluss des Studiums in Linz ergab sich mit der Stelle als Universitätsassistentin an der Universität Graz die Chance, in Lehre und Forschung in der VWL tätig zu werden. Diese Chance habe ich gerne ergriffen.

### **Welche Schwerpunkte setzen Sie in Ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit?**

Sowohl in der Promotion als auch in meiner Habilitation beschäftigte ich mich mit neoricardianischen Ansätzen. Für mich waren insbesondere die Anpassungsprozesse zum Gleichgewicht sehr interessant; diese waren und sind bis heute in der gesamten Ökonomie eher unterbelichtet. In diesem Zusammenhang habe ich mich auch stark mit der Neoklassik auseinandergesetzt, die zu der damaligen Zeit auf die Analyse des Gleichgewichts fokussiert war und eben Anpassungsprozesse dorthin ausblendete. Die Frage, was abseits von Gleichgewichten geschieht, welche Prozesse dann ablaufen, interessiert mich immer noch und ist wahrscheinlich das durchgehende Element in meinen Forschungsarbeiten. Außerdem hat mich schon immer die Frage der Arbeitslosigkeit beschäftigt, welche in den „alten“ neoklassischen Modellen auch keine Rolle gespielt hat. Meine aktuelle Forschungstätigkeit befasst sich mit einer Kombination dieser beiden Themen, nämlich mit den Modellen der New Economic Geography, die Migration mit Güterhandel verbinden und die dynamische Agglomerationsprozesse explizit untersuchen; auch hier interessieren mich insbesondere Fragen der Arbeitslosigkeit und auch Fragen, die im Zusammenhang mit der Alterung der Gesellschaft entstehen – besonders gefreut hat mich, dass Anfang Oktober ein entsprechendes Forschungsprojekt genehmigt wurde.

### **Welche Rolle haben Volkswirtinnen in der Lehre, Forschung und in der Praxis? Wohin geht der Trend?**

Der Frauenanteil in Lehre und Forschung ist leider gering; bei den Studierenden liegen wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge unter allen Studiengängen im Mittelfeld, wobei es in der Volkswirtschaft eher weniger Studentinnen gibt als in anderen wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen. Bei den Lehrenden ist der Anteil noch niedriger, wobei die Situation an der WU im Vergleich zu den anderen Universitäten eigentlich „gut“ ist (an unserem Department lehren und forschen vergleichsweise viele Frauen).

Die Gründe für den niedrigen Frauenanteil kann auch ich nicht einfach benennen; sie sind sicher vielfältig und schwer auf wenige Dimensionen zu reduzieren.

### **Die WU hat nun auf das Bachelor-System umgestellt. Wie gefällt Ihnen der neue Studienplan „Bachelor VW & Sozök“?**

Die Umstellung halte ich grundsätzlich für sinnvoll, weil die Möglichkeit besteht nach 3 Jahren nochmals eine Studien- und Berufsentscheidung zu treffen: Soll man gleich in die Praxis gehen? Soll das einmal gewählte Studium auf Masterebene vertieft fortgesetzt werden? Möchte man den Studienschwerpunkt verschieben? An der WU oder möchte man an eine andere Universität im In- und Ausland wechseln? Die Zusammenlegung von VW und Sozioökonomie halte ich für sinnvoll, da damit eine relativ breite und flexible interdisziplinäre Bachelorausbildung geboten werden kann. Auch inhaltlich halte ich diese Kombination für sinnvoll, da volkswirtschaftliche Fragestellungen nicht losgelöst von gesellschaftlichen, sozialen Strukturen betrachtet werden können und auch umgekehrt viele soziale Problemstellungen einen volkswirtschaftlichen Kern aufweisen.

### **STICHWORTKASTEN**

**Was ich studieren würde, wenn ich nochmals vor der Entscheidung stünde:** Volkswirtschaft.

**Berufswunsch- bzw. Ziel vor dem Studium:** Wirtschaftsjournalismus

**Größte/r ÖkonomIn oder SozialwissenschaftlerIn aller Zeiten:** Schwer zu sagen – keinen bestimmten.

**So komme ich zur Arbeit:** Fahrrad

**Lieblingsurlaubsdestination:** Überall hin! Ich reise sehr gerne – deshalb fällt es mir schwer hier eine spezifische Destination zu nennen.

## Was sind die Ursachen der Immobilienkrise?

*Financial Times, Wallstreet Journal, Economist, Handelsblatt & Co... wer in den letzten drei Monaten nur eine Ausgabe einer dieser Wirtschaftszeitungen durchgeblättert hat, der/dem ist wohl ein bestimmendes Thema nicht verborgen geblieben: das der US-Immobilienkrise und ihrer Auswirkungen auf Konjunktur und internationale Finanz- und Kreditmärkte. Das Thema ist so brandheiß, dass es sogar in einem Artikel der deutschen Bildzeitung „Die Angst erreicht den deutschen Aktienmarkt“, Erwähnung fand. Um den wissensdurstigen „Standpunkte“-LeserInnen mühsame Recherchearbeiten zu ersparen, haben die rasenden Reporter Christoph und Siegfried keine Kosten und Mühen gescheut, um den Ursachen der US-Immobilienkrise auf den Grund zu gehen. Dazu haben sie sich an der WU umgehört und die (ExpertInnen) Meinungen der WU Studierenden eingeholt:*

### Die Spekulation. Die Immobilienspekulation !!

Hans, 22

In der kurzen Frist haben die Immobilienunternehmen zu viele Wohnflächen gebaut, ohne zu berücksichtigen ob der Bedarf besteht. Wie in Wien bei der Donaacity. In der langen Frist haben sie die viele freie Wohnfläche nicht mehr losbekommen.

Marcella, 24

### Alle haben Immobilien gekauft.

Terese, 21

Zinsen waren sehr niedrig. Da der Ami generell ein Typ ist, der sich öfters ein Haus kaufen will, weil er öfters umzieht, ergo haben sie billige Kredite aufnehmen müssen, dann sind die Kreditzinsen leider gestiegen auf ein Zehnjahres-Hoch. Dann war's klar dass viele Privatkunden nicht zurückzahlen konnten. Die Kreditkrise ist sicher übertrieben, wenn einer nervös wird, werden alle nervös. In zwei Jahren ist die Krise sicherlich wieder vorbei und die Werte haben an den Börsen viel zu stark nachgegeben, das war nur eine kurze Korrektur.

Martin, 24

Leute nehmen Hypotheken auf ihre Grundstücke auf. Immobilienpreise fallen. Die Leute waren nicht mehr in der Lage ihre Hypothek zurückzuzahlen.

Petra, 26

### Börse und Politik sind verantwortlich.

Lukas, 26

Für all jene, denen diese fundierten Erklärungen noch nicht genug sind, haben wir noch spannende Blogs renommierter Ökonomen zusammengestellt, in denen diese ihre unterschiedlichen Ansichten über die Ursachen der Immokrise zum Besten geben.

roubini:  
<http://www.rgemonitor.com/blog/roubini/216854/>

mankiw:  
[http://gregmankiw.blogspot.com/2007\\_09\\_01\\_archive.html](http://gregmankiw.blogspot.com/2007_09_01_archive.html)

krugman:  
<http://economistsview.typepad.com/>

Da ich im Urlaub war wie das passiert ist, hab ich wenig mitbekommen. Aber ich habe gelesen, dass Greenspan daran Schuld ist. Die Zinsen waren zu niedrig, das hat zu einer Überhitzung des Immobilienmarktes geführt.

Peter, 28

### Keine Ahnung. Keine Zeit mich zu informieren.

Mariella, 27

# Veranstaltungskalender

## **Steuert die EU in Richtung Nachhaltigkeitsunion?**

Tagung und Podiumsdiskussion mit Christian Felber (Attac), Stephan Schulmeister (WIFO), u.a.  
Wann & Wo: Mittwoch, 14. November, 10.00 - 17.00 (Vormittag: Podiumsdiskussion, Nachmittag: Arbeitsgruppen).  
Nähere Infos unter [www.attac.at](http://www.attac.at)

## **Tobinsteuer – „Sand ins Getriebe“ der Finanzmärkte und Einnahmen für Entwicklung**

Buchpräsentation und Diskussion mit Cornelia Staritz (Attac), Margit Schratzenstaller (WIFO), u.a.  
Wann & Wo: Donnerstag, 15. November, 19.00, ÖGB Verlag Fachbuchhandlung, Rathausstraße 21, 1010 Wien. Nähere  
Infos unter [www.attac.at](http://www.attac.at)

## **Armes reiches Europa? – Gegenwart und Zukunft der Arbeitswelt**

Veranstaltung mit Johann Kalliauer (Arbeiterkammer OÖ), Willy Buschak (Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen), Christian Felber (Freier Publizist; Mitbegründer von AT-TAC Österreich), Reiner Hoffmann (Europäischer Gewerkschaftsbund), Thomas Höge (Universität Innsbruck)  
Wann & Wo: Dienstag, 20.11., 09.00 - 16.00, Grillparzerstraße 50, 4020 Linz  
Anmeldung unter [isw@akooe.at](mailto:isw@akooe.at)

## **Mitarbeiterbeteiligung - ein Instrument zur Umverteilung?**

Vortrag und Diskussion mit Prof. Heinz-J. Bontrup (FH Gelsenkirchen) und Ruth Naderer (AK)  
Wann & Wo: Mittwoch, 21.11. 19h im 7stern (Siebensterng.31, 1070 Wien), nähere Infos unter [www.beigewum.at](http://www.beigewum.at)

## **Wohlstand für alle? Europäische Sozialstaaten in Zeiten der Globalisierung**

Symposium mit Peter Bofinger (Univ.Würzburg), Erwin Buchinger (BMSG), Dwora Stein (GPA-DJP), Karl Aiginger (WIFO), Andreas Wörgötter (OECD), Dorothee Bohle (Central European University, Budapest), Helene Schubert (Bundeskanzleramt), Michael Dauderstädt (Friedrich Ebert Stiftung), Hermine Vidovic (WIIW, Wien).  
Wann & Wo: Donnerstag, 29. November, Workshops 14.00 - 18.30, Abendveranstaltung 19.00 - 21.00, Gartenhotel Altmannsdorf, Hoffingergasse 26, 1120 Wien  
Anmeldung bis 22. November an [vera.ableidinger@akwien.at](mailto:vera.ableidinger@akwien.at). Nähere Infos: [www.ak-wien.at](http://www.ak-wien.at)

## **Der neoliberale Markt-Diskurs. Zur Kulturgeschichte ökonomischer Theorien im Alltagsdiskurs**

Konferenz mit Walter Ötsch, Gabriele Michalitsch, Claus Thomasberger, u.a.  
Wann & Wo: Freitag, 7.12. - Sonntag 9.12., WU Wien,  
nähere Infos unter [http://www.inst.at/kctos/sektionen\\_n-s/oetsch.htm](http://www.inst.at/kctos/sektionen_n-s/oetsch.htm)